

Gegen Lohnbescheidenheit und für gesamtwirtschaftliche Vernunft

von Rolf Münster und Jörg Wiedemuth

Hinweise für den Leser:

Die vorliegende Broschüre wurde vor dem Hintergrund des Tarifkampfes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen erstellt. Die Abschnitte 1 bis 7 befassen sich mit makroökonomischen Entwicklungstendenzen (Rolf Münster). Der Abschnitt 8 beleuchtet für die Bereiche Banken, Versicherungen und Handel die tariflichen Entwicklungen der letzten Jahre (Jörg Wiedemuth).

Der Text wurde für die Darstellung auf einem Computerbildschirm hergerichtet, ohne daß auf die Option eines vollwertigen Ausdrucks (DIN A4) verzichtet werden muß. Der Leser kann also zunächst am Bildschirm recht bequem prüfen, ob der Text seinen Interessen so weit entspricht, daß ein Papierausdruck lohnt.

Autoren:

Rolf Münster, Wissenschaftlicher Mitarbeiter beim PIW Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH, Bremen

(<http://www.piw.de>)

Jörg Wiedemuth, Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf

©Rolf Münster, Jörg Wiedemuth

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	3
2. Wirtschaftliche Entwicklungstendenzen.....	5
3. Lohnmäßigung: Katze im Sack	11
4. Verteilung weiter in Schieflage.....	16
5. Export, Export, Export... ..	21
6.und andere Standortlügen.....	25
7. Gegen Lohnbescheidenheit und für gesamtwirtschaftliche Vernunft!	33
8. Für die Umkehr des Tariftrends im Dienstleistungsgewerbe	39
Ausgewählte Quellen	44

1. Einführung

Massenarbeitslosigkeit - seit fast einem Vierteljahrhundert ist dieses Problem ungelöst. Die im Herbst 1998 abgewählte Kohlregierung hatte eine Trendwende am Arbeitsmarkt und sogar eine Halbierung der Arbeitslosigkeit versprochen – ohne Erfolg. Die neue Bundesregierung nennt zwar keine konkreten Zahlen, hat aber klar gemacht, daß sie sich an ihren Erfolgen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit messen lassen will.

Seither sind die Diskussionen um den richtigen Weg zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wieder neu entbrannt. Tages- und Wochenzeitungen drucken Erläuterungen zu Nachfragetheorie und Stärkung der Massenkaufkraft, ganz so, als gelte es nach 16 Jahren Vorherrschaft der Angebotspolitik etwas Neues zu entdecken.

Währenddessen tingeln Arbeitgeberpräsident Hundt und andere von Talkshow zu Talkshow und von Interview zu Interview, um für das alte, erfolglose Hausrezept der Arbeitgeber zu werben: **Niedrigere Löhne, niedrigere Steuern und Abgaben, längere Arbeitszeiten und höhere Gewinne sollen Arbeitsplätze schaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter stärken.**

Doch die niedrigen Lohn- und Gehaltszuwächse der letzten Jahre haben die Binnennachfrage, den wichtigsten Antriebsmotor der Wirtschaft, gleich dreifach geschwächt:

- Die Anzahl der Beschäftigten ist per Saldo der letzten Jahre zurückgegangen mit der Folge gedämpfter binnenwirtschaftliche Kaufkraft.
- Die westdeutschen Arbeitnehmer haben auf Grund der langjährigen Lohnzurückhaltung ein Kaufkraftniveau das in etwa dem von 1980 entspricht. In Ostdeutschland stagniert der Lohnanpassungsprozeß spätestens seit 1997.
- Die deutliche Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen hat weder zu einer neuen Investitionsdynamik geführt noch die Kaufkraftentwicklung beschleunigt.

Sichtbare Folge dieser Politik ist die Spaltung der Konjunktur in binnenwirtschaftliche Schwäche und außenwirtschaftliche Stärke. Noch nie war in einem Konjunkturaufschwung die Entwicklung des privaten Verbrauchs so schwach wie seit 1994.

Lohnmäßigung und Exportboom haben nicht die versprochenen Wirkungen gehabt. Im Gegenteil: Für 1999 drohen neue Risiken. Während die Exportdynamik auf Grund der Weltmarktkrisen einbrechen wird, steht im Inland die Erholung von binnenwirtschaftlicher Nachfrage und insbesondere des privaten Verbrauchs als möglicher Ausgleich aus.

Die vorliegende Broschüre beschäftigt sich mit folgenden Fragen:

- Wie sind die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen der letzten und der kommenden Jahre zu beurteilen?
- Warum ist Lohnzurückhaltung Gift für die aktuelle Konjunkturlage?
- Wie haben sich Arbeits- und Gewinneinkommen in den letzten Jahren entwickelt?
- Warum ist die Standortdiskussion falsch und wird dennoch weitergehen?
- Weshalb sind Arbeitszeitverkürzung und Massenkaukraftstärkung die langfristig richtigen Strategien?

2. **Wirtschaftliche** **Entwicklungstendenzen**

Im Sommer 1998 wurde von den Wirtschaftsforschungsinstituten noch ein Wirtschaftswachstum von über 2,5% für das Jahr 1999 prognostiziert. Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) rechnete sogar mit über 3%; die pessimistischste Diagnose stammte vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit nur 2,1%.

Diese Wachstumserwartungen wurden in den vergangenen Monaten alle nach unten korrigiert. In ihrem gemeinsamen Herbstgutachten von 1998 haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognose von 2,9 % auf 2,3% reduziert. Die Deutsche Bank Research rechnet mit 2%, das DIW zwischenzeitlich sogar nur noch mit 1,4% Wachstum für das laufende Jahr.

Ein wesentlicher Grund für die schwachen Wachstumserwartungen ist das Auslaufen der Exportkonjunktur. 1997 wuchs der Export noch mit real 11,1%. Bereits 1998 brachte der Export aber keine wesentlichen Nachfrageimpulse mehr für die Binnenwirtschaft. Zwar wuchsen die Exporte real um 7,2 %, aber in nahezu gleichem Tempo zog der Import von Waren mit real 6,5 % nach. Der tatsächliche Nachfragezuwachs durch die Auslandsnachfrage betrug also nur 0,7%.

Für 1999 erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute insgesamt nur noch ein Exportwachstum von 4,8%; das DIW rechnet sogar mit einem Rückgang von 1,1%.

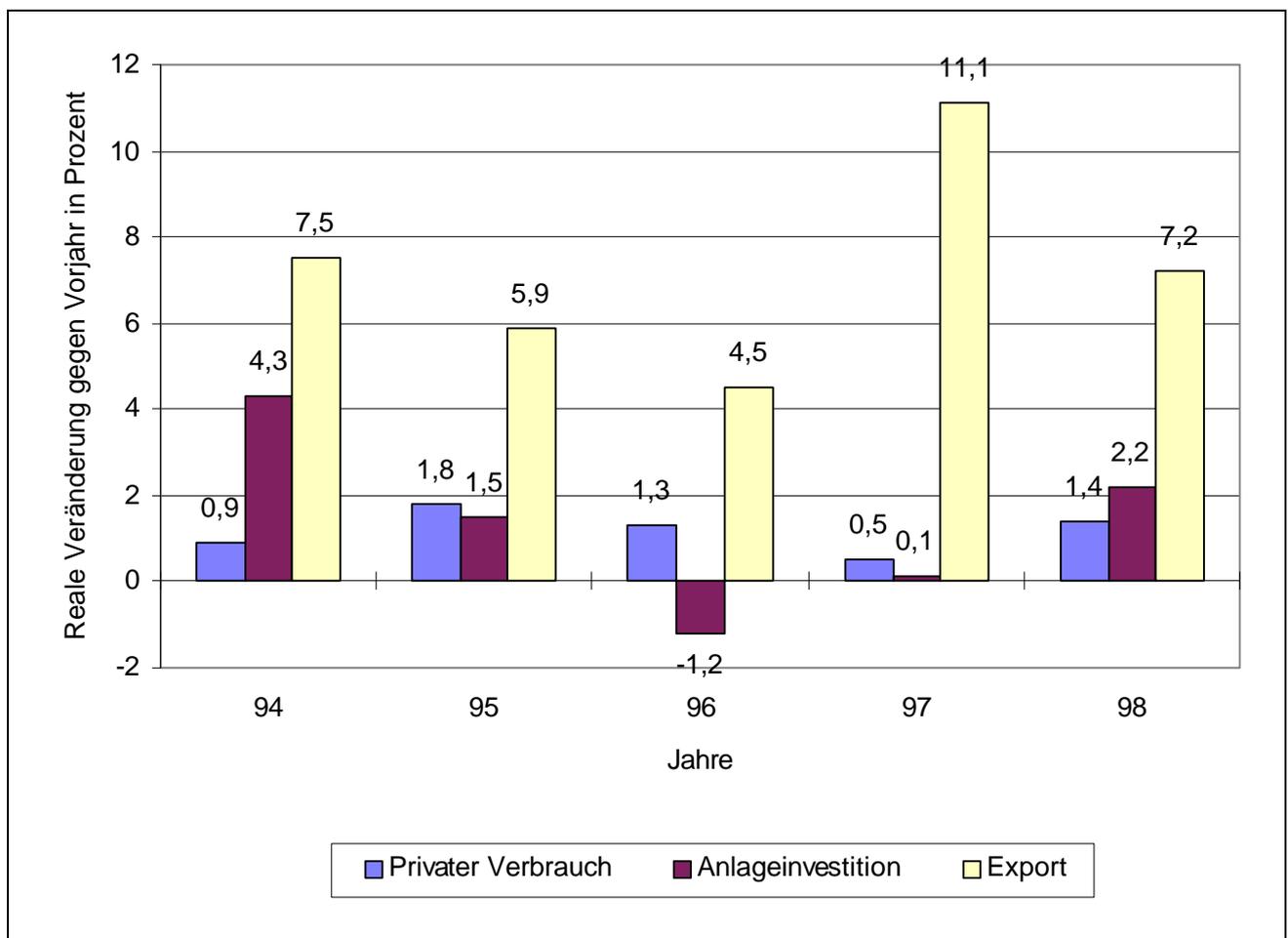
Die langjährige Exportkonjunktur der deutschen Wirtschaft hat dennoch zu historischen Spitzenwerten geführt. Für das Jahr 1998 wird ein Ausfuhrrekord von knapp einer Billion DM und ein Exportüberschuß von fast 130 Milliarden DM geschätzt. Auch der Außenhandel mit „Billiglohnkonkurrenten“ weist seit mehreren Jahren einen positiven Saldo aus. Der Produktionsstandort Deutschland kann also so schlecht nicht sein.

In drastischem Kontrast zu der Exportdynamik der letzten Jahre steht die Entwicklung des privaten Verbrauchs und der Investition, deren Zuwachsraten eher auf eine rezessive Entwicklung als auf einen konjunkturellen Aufschwung schließen lassen. Der Aufschwung seit 1994 ist vor allem ein Aufschwung des Exports gewesen, ohne durchgreifende Erholung von Investitionen und privatem Verbrauch.

➤ Siehe Schaubild 1 und 2

Schaubild 1: Gespaltene Konjunktur:

Trotz Exportboom holen Investition und privater Verbrauch nicht auf Reale Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent*

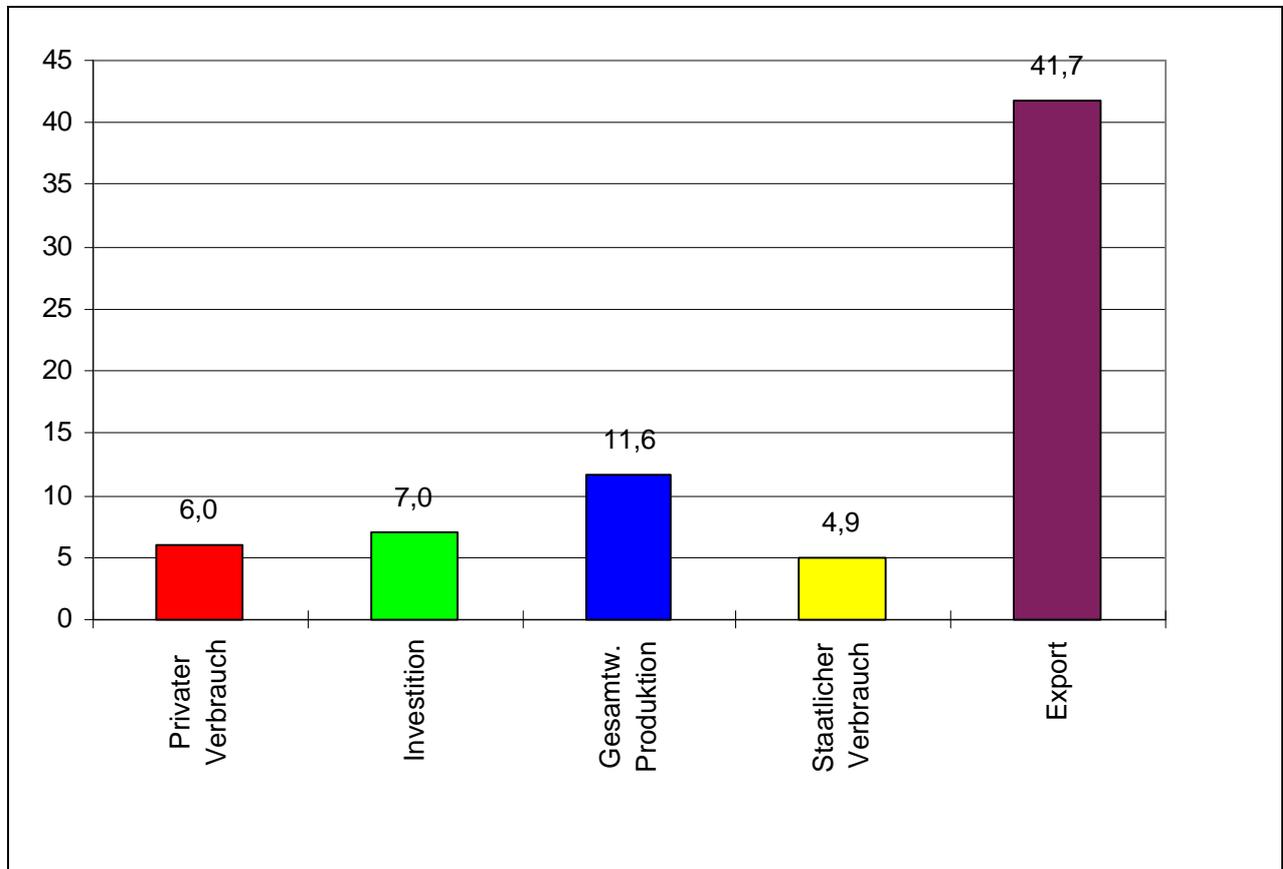


* Quelle: Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, Verschiedene Jahrgänge; 1998 Schätzung, Preise von 1991

Schaubild 2: Gespaltene Konjunktur:

Export bewirkt keine durchgreifende Erholung

Reale Veränderung 1998/1993



* Quelle: Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute, verschiedene Jahrgänge; 1998 Schätzwert, Preise von 1991; eigene Berechnungen; eigene Darstellung

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung warnte bereits Anfang 1998 vor dem Auslaufen der rein exportgetragenen Konjunktur und der anhaltenden Schwächung der Binnenmarktnachfrage durch Lohnverzicht:

„Nominallohnsteigerungen, die hinter der Produktivitäts- und (...) Preissteigerungsrate zurückbleiben, und steigende Beschäftigungsrisiken sind die Vorzeichen, unter denen die privaten Haushalte ihre Konsumententscheidungen zu treffen haben. Gleichzeitig ist aber durch diese Lohnpolitik eine Unterbietung der ausländischen Konkurrenz an den Weltmärkten gelungen, wodurch Marktanteilsgewinne möglich wurden. Die Spaltung der Konjunktur in binnenwirtschaftliche Schwäche und außenwirtschaftlichen Boom ist die Folge dieser lohnpolitischen Strategie. Eine Fortsetzung dieser Strategie (...) wird, wie das Beispiel Japans zeigt, (...) scheitern.“ (Siehe Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Bundesrepublik Deutschland: Warten auf die Inlandsnachfrage, in: Wochenbericht 1-2/98, S. 20)

Die Warnungen des DIW im Hinblick auf die Spaltung der Konjunktur in binnenwirtschaftliche Schwäche und überproportionale Exportdynamik bestätigen sich zunehmend.

Das Einbrechen der Exportdynamik in den nächsten Jahren ist allerdings kein Ausdruck nachlassender Wettbewerbsfähigkeit. Wesentlich für die nachlassende Exportdynamik sind nach Expertenmeinung vielmehr erhöhte außenwirtschaftliche Risiken im Gefolge der hartnäckigen Krisen in Asien, Rußland und Lateinamerika.

In den letzten 5 Jahren betrug das reale Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion insgesamt 11,6 %, das sind nur rund 2,2 Prozent pro Jahr. Der Aufschwung lahmt vor allem, weil die dynamische Exportkonjunktur auf die Binnennachfrage nicht durchgeschlagen ist.

Die naheliegende Strategie, von der Exportfixierung der letzten Jahre auf ein stabiles, binnenwirtschaftliches Wachstum umzuschwenken, und damit eine beschleunigte Erholung zu bewirken, erfordert eine längerfristige, nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage.

Es gibt keine Anzeichen dafür, daß die Nachfrageausfälle aus der erlahmenden Exportkonjunktur und dem gedämpften Privatverbrauch durch staatliche Finanzpolitik ausgeglichen würden. Die 15 Milliarden DM Steuerentlastung, die für 2002 versprochen werden, dienen fälschlicherweise als Argument für eine Art steuerpolitisch gestützter Lohnmäßigung: Steuerliche Entlastungen sind keine Alternative zu einer deutlichen Steigerung der Löhne und Gehälter.

Denn erstens haben Gewerkschaften in der Vergangenheit steuerliche Höherbe-

lastungen auch nicht als Argument für höhere Löhne benutzt, zweitens kommen die steuerlichen Entlastungen konjunkturell zu spät und drittens stellen die steuerlichen Entlastungen verglichen mit der langjährigen Umverteilung von den Massen- zu den Gewinneinkommen nur einen geringfügigen Ausgleich für die jahrelange Umverteilung von unten nach oben dar.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) schätzt die Umverteilung von den Massen- zu den Gewinneinkommen auf rund 10%, d.h. pro Jahr fließen heute im Vergleich zu 1980 rund 200 Mrd. DM mehr nach „oben“ und damit nicht mehr im selben Ausmaß in den Konsum, da Gewinn und Vermögenseinkommen eine deutlich höhere Sparquote aufweisen.

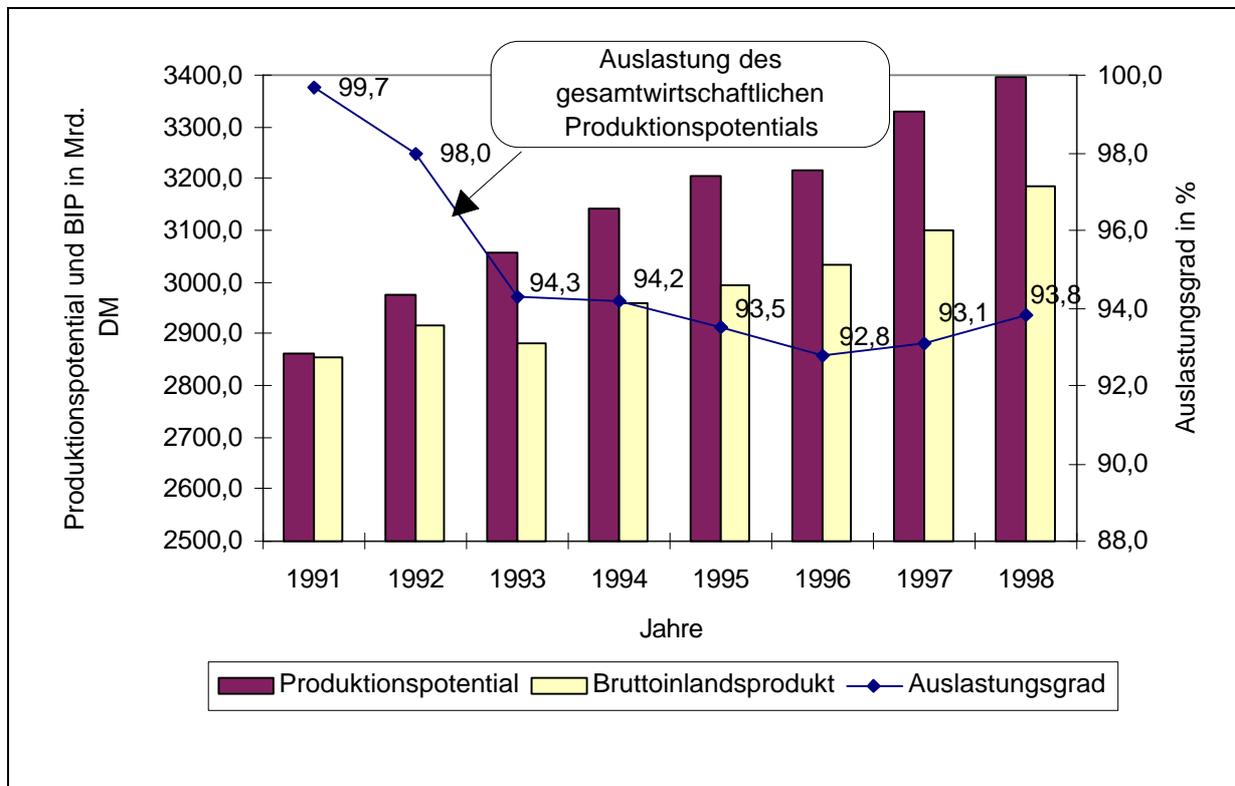
Es wird ein langer Weg hin zu ausgeglicheneren Verteilungsverhältnissen. Kleine Steuerreformen, so begrüßenswert sie sind, genügen nicht, um die Fehlentwicklungen aus der Angebotspolitik zu beseitigen. Zudem begrenzen die Sparzwänge des Maastrichter Vertrages eine beschäftigungsorientierte Nachfragepolitik des Staates mehr denn je.

Auch eine neue Investitionsdynamik, die Politiker und Arbeitgeber mit der Strategie „**Vorrang für Gewinne**“ versprochen haben, ist nirgendwo in Sicht. Vor allem deshalb nicht, weil die gesamtwirtschaftliche Produktionskapazität, wie der Sachverständigenrat richtig feststellt, derzeit stark unterausgelastet ist. Warum aber sollten die Unternehmer arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen tätigen, wenn sie ohnehin unterhalb ihrer Kapazitäten produzieren. Eher ist zu erwarten, daß Investitionen verstärkt in die Rationalisierung fließen, um angesichts der Überkapazitäten Stückkosten zu senken.

➤ Siehe Schaubild 3

Schaubild 3: Wirtschaft ohne Dampf von der Nachfrage

Produktionspotential, Bruttoinlandsprodukt und Auslastungsgrad*



* Quelle: Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1998/1999, Tab. 24; eigene Darstellung, Auslastungsgrad als Verhältnis von Bruttoinlandsprodukt zu Produktionspotential in vH; 1998 Schätzwert

Wenn aber weder von der Investitionstätigkeit noch von den Exporten und dem Staatsverbrauch eine Beschleunigung der Nachfrageentwicklung zu erwarten ist, dann bleibt nur noch die Stärkung der Binnennachfrage über den privaten Konsum.

Fazit: Die Konjunkturspaltung in Exportboom und schwache Binnennachfrage hat gravierende Folgen. Während die Exportdynamik in den kommenden Jahren nachlassen wird, gibt es keine Anzeichen dafür, daß die entsprechenden Nachfrageausfälle durch staatliche Finanzpolitik oder neue Investitionsdynamik kompensiert werden. Daher muß über eine stärkere private Verbrauchsdynamik die Lücke in der Binnennachfrage gefüllt, die Auslastung der Wirtschaft gesteigert und damit die Beschäftigungslage verbessert werden. Dazu und zur Korrektur der Fehlentwicklungen in der Einkommensverteilung sind höhere Tarifabschlüsse ein erster Schritt.

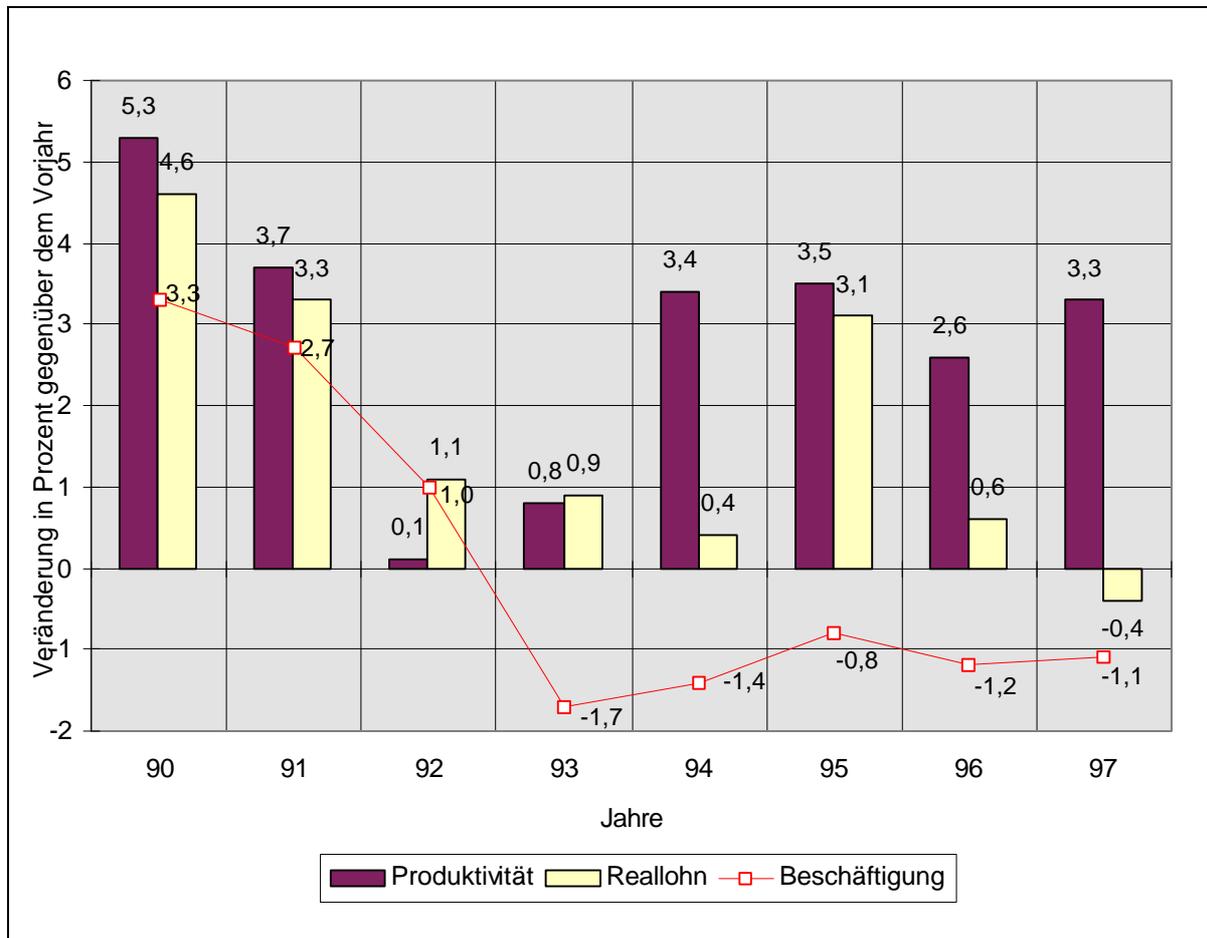
3. Lohnmäßigung: Katze im Sack

„Seit Beginn der 80er Jahre ist die Arbeitseinkommensquote in Deutschland (und ganz Europa) fast durchgängig gefallen. In Westdeutschland hat sie 1997 den niedrigsten Stand in der Nachkriegsgeschichte erreicht und ist in den letzten Jahren auch während des Anstiegs der Arbeitslosigkeit kräftig zurückgegangen. Angesichts dieses Befundes kann es nur eine Schlußfolgerung geben: Die Arbeitslosigkeit, die in den 90er Jahren in Westdeutschland entstanden ist, ist auf keinen Fall reallohnbedingt, also nicht vom Typ 'neoklassische Arbeitslosigkeit', und kann folglich auch nicht durch Reallohnzurückhaltung beseitigt werden.“ (Siehe Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99, in: DIW-Wochenbericht 27/1998, S. 499)

Während von Arbeitgeberseite gebetsmühlenartig die Forderung nach Lohnzurückhaltung erhoben wird, zeigen die Daten der letzten Jahre in eine andere Richtung.

➤ Siehe Schaubild 4

Schaubild 4: Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Westdeutschland 1990 - 1997*



* Quelle: DIW, eigene Darstellung; Stundenproduktivität als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je geleistete Erwerbstätigenstunde; Reallohn als nominaler Stundenlohn deflationiert mit dem Deflator des privaten Verbrauchs; Beschäftigung in Personen

In den Jahren 1994 bis 1997 blieben die Löhne deutlich hinter der Produktivität zurück: Die Reallöhne stiegen in den 4 Jahren insgesamt lediglich um 3,7 Prozent, während die Produktivität um 13,4 Prozent zulegte. Trotz dieser Lohnzurückhaltung ist die Zahl der Beschäftigten um rd. 4,4% gesunken. Auch das starke Wachstum der Exporte - sie stiegen im gleichen Zeitraum von rund 760 Milliarden auf den historischen Rekord von knapp einer Billion DM - hat diesen negativen Beschäftigungseffekt nicht kompensieren können.

Die Arbeitsmarktentspannung, die am Ende des Jahres 1998 konstatiert wurde, stellt auch keine Trendwende dar, sondern hat mit kurzfristigen Sondereffekten zu tun. Dazu zählt z.B. die wahltaktisch motivierte Arbeitsmarktpolitik der alten Bundesre-

gierung, die insbesondere im Osten eine kurzfristige Entlastung brachte. Im Westen kam es im ersten Halbjahr 1998 zu einer beschleunigten Entwicklung, u.a. weil die Verbraucher in Erwartung der Mehrwertsteuererhöhung Konsumausgaben vorzogen und weil der Staat zur Erfüllung der Maastrich-Kriterien Ausgaben aus dem Jahr 1997 ins Jahr 98 verschoben hatte. Diese Effekte haben in 1998 zu einer Sonderkonjunktur geführt, die sich 1999 nicht wiederholen wird.

Trotz oder gerade wegen der negativen Arbeitsmarktbilanz der „moderaten Lohnpolitik“ wird nun die Forderung nach einer „Lohnmäßigung mit langem Atem“ lauter und lauter. Dem erstaunten Publikum wird folgendes Rezept empfohlen:

Man müsse Lohnbescheidenheit nur lange genug üben, um die Früchte in Form von zusätzlichen Arbeitsplätzen dann „irgendwann“ ernten zu können. Treten Beschäftigungsverluste auf, war die Lohnzurückhaltung eben nicht stark und/oder nicht dauerhaft genug, so die angebotstheoretische Überzeugung. Die Ernte der angebotspolitisch gedüngten Früchte wird damit auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben.

Die Folgen dieser falschen Politik sind jedoch heute schon absehbar. Ein über weite Strecken betriebener Lohnverzicht mit negativem Beschäftigungseffekt oder auch zu geringen oder zu „langsamen“ Beschäftigungserfolgen führt zu einer verhängnisvollen Spirale nach unten.

Wenn die viel beschworene Lohnmäßigung nicht schnell genug durch zusätzliche Beschäftigung und entsprechende Einkommen kompensiert wird, gerät die binnenwirtschaftliche Dynamik von zwei Seiten unter Druck: Durch Einkommensverluste bei den Arbeitnehmern und weitere binnenwirtschaftliche Kaufkraftverluste infolge zusätzlicher Arbeitslosigkeit.

Die inländische Nachfrage wird gedämpft, die Produktionskapazität kann noch weniger ausgelastet werden. Entsprechend investieren die Unternehmen tendenziell weniger in Arbeitsplätze und mehr in Rationalisierung. Steht außerdem die Exportkonjunktur auf wackeligen Beinen, wie es derzeit auf Grund der weltwirtschaftlichen Entwicklungen der Fall ist, dann wird eine rezessive Entwicklung immer wahrscheinlicher.

Die Vorstellungen von Arbeitgeberseite, daß eine Stärkung der Löhne und Gehälter

für die Binnennachfrage deshalb nichts bewirke, weil zuerst der Staat mit Steuern und Sozialabgaben zugreift und schließlich Arbeitnehmer auch noch sparen, geht an den gesamtwirtschaftlichen Realitäten völlig vorbei. Auf die Spitze hat der ehemalige Wirtschaftsminister Rexrodt dieses Argument getrieben als er behauptete, Lohnerhöhungen würden ohnehin nur im Ausland konsumiert.

Der Absatz der gesamtwirtschaftlichen Produktion (Bruttoinlandsprodukt) findet zu 71% durch Binnennachfrage statt, 29% werden im Ausland verkauft. Der private Verbrauch macht mit 57% allein mehr als die Hälfte der gesamten Binnennachfrage aus. Mit je einem Fünftel wird die Binnennachfrage von Anlageinvestitionen (21%) und Staatsverbrauch (20%) gespeist. Die restlichen 2 Prozent sind „unerfüllter Absatz“ in Form von Lagerbestandsveränderungen.

Tatsache ist, daß Bruttolohnerhöhungen über den Steuerabzug den Staatsverbrauch und über die Sozialabgaben den Privatkonsum speisen (z.B. über die Sozialeinkommen von Rentner, Arbeitslosen und Kranken mit hoher Konsumquote).

Auch die Ersparnis von Arbeitnehmern verschwindet nicht irgendwo, sondern fließt u.a. in die Anschaffung von langfristigen Gebrauchsgütern oder dient der Altersvorsorge, stellt also zum Großteil späteren Konsum dar. Dies gilt nicht unbedingt für Hochverdienende mit Sparquoten von 30% und mehr. Bei diesen Personen ist tatsächlich strittig, ob Einkommenszuwächse noch zu Nachfragewirkungen führen oder letztlich lediglich die Geldvermögensbildung bzw. die Finanzmärkte dauerhaft gespeist werden.

Einkommenserhöhungen sind eben um so nachfragewirksamer je stärker sie im unteren Segment der Einkommenspyramide zur Geltung kommen, also dort wo niedrige Einkommen und entsprechend hoher ungedeckter Konsumbedarf herrscht.

Sogar der Verbrauch von Importgütern kommt letztlich der Nachfrage zugute. Denn wie sollten unsere Handelspartner auf Dauer unsere Exporte bezahlen, wenn sie nicht vorher unser Geld durch eigenen Export eingenommen haben.

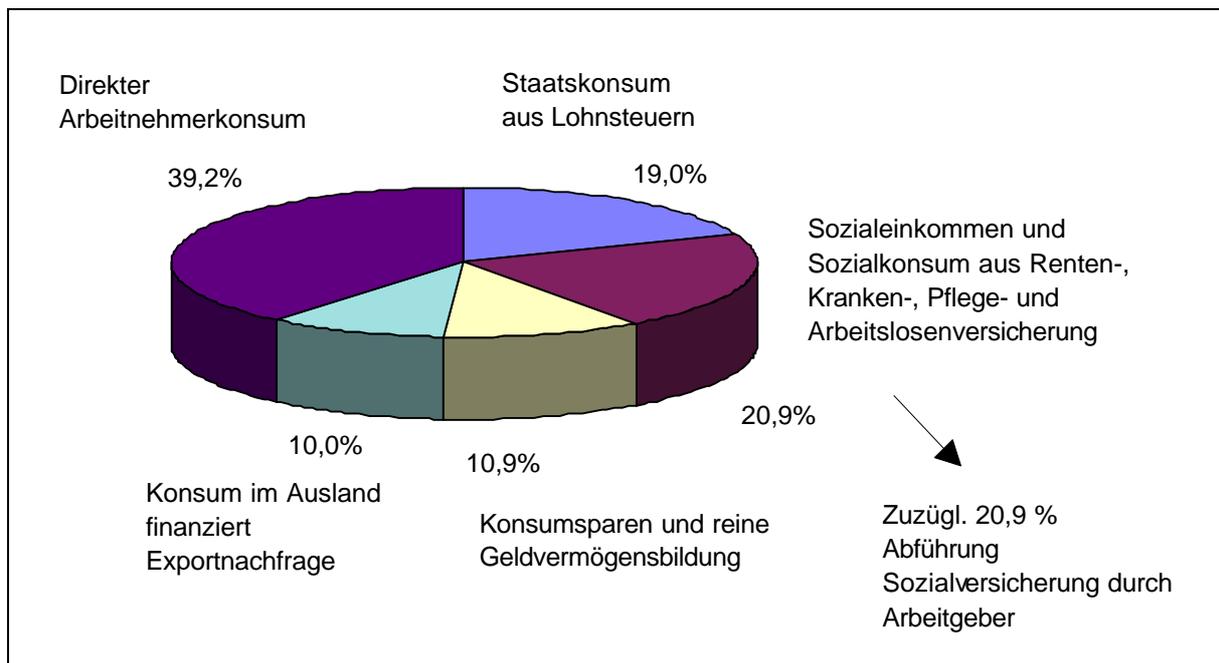
Das viel zitierte Beispiel von der Bruttolohnerhöhung um 100 DM, die den Arbeitgeber rund 121 DM kostet und nur ein inländisches Nachfrageplus von 35 DM bringen

soll, zeugt von der üblichen einzelbetrieblichen Blindheit der Arbeitgeber. Geltung hätte diese Rechnung nur, wenn die gesamten Staatsausgaben wegfielen und man unterstellte, daß RentnerInnen, Krankenschwestern, LehrerInnen und Arbeitslose etc. nichts konsumieren würden.

➤ Siehe Schaubild 5

Schaubild 5: Lohnerhöhungen beschleunigen Binnennachfrage

Gesamtwirtschaftliche Nachfragewirkungen einer Bruttolohnerhöhung*



* Quelle: IW, WSI, Für die Krankenversicherung wurde der durchschnittliche Krankenkassen-Beitragsatz der alten Bundesländer gewählt. Pflegeversicherungsbeitrag ist für die Rechnung paritätisch geteilt; die Sparquote bezieht sich auf das verfügbare Einkommen.

Fazit: Die „moderate Lohnpolitik“ der letzten Jahre ist gescheitert. Die Gewinne sind überproportional gewachsen, die Hoffnungen auf eine neue Investitionsdynamik wurden jedoch enttäuscht. Auf den Arbeitsmärkten sind sogar per Saldo Beschäftigungsverluste eingetreten. Eine weitere Umverteilung zu Lasten der Arbeits- und Masseneinkommen wird die Gefahr einer rezessiven Entwicklung verstärken.

4. Verteilung weiter in Schieflage

Der derzeitige Konjunkturaufschwung ist ein historisches Sonderereignis: Noch nie war die Entwicklung des privaten Verbrauchs in einem wirtschaftlichen Aufschwung so schwach. Von 1982 bis '86 entwickelte sich der private Konsum mit einer Rate von 8,6 % fast doppelt so schnell, wie zwischen 1993 und 1997 mit 4,6%.

Dies liegt vor allem an der Schwächung der Massenkaufkraft durch Sozialstaatsabbau, Beschäftigungsverluste, steigende Abgabenbelastungen und Druck auf Löhne und Gehälter in den letzten Jahren, begleitet durch eine grandiose Umverteilung hin zu Gewinn- und Vermögenseinkünften reicherer Haushalte.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

- Nettoarbeitseinkommen der ArbeitnehmerInnen
- empfangenen Übertragungen (Rente, Pension, Arbeitslosenunterstützung etc.)
- entnommene Gewinne der privaten Haushalte (Gewinnausschüttung)
- Vermögenseinkünften (Zinsen)

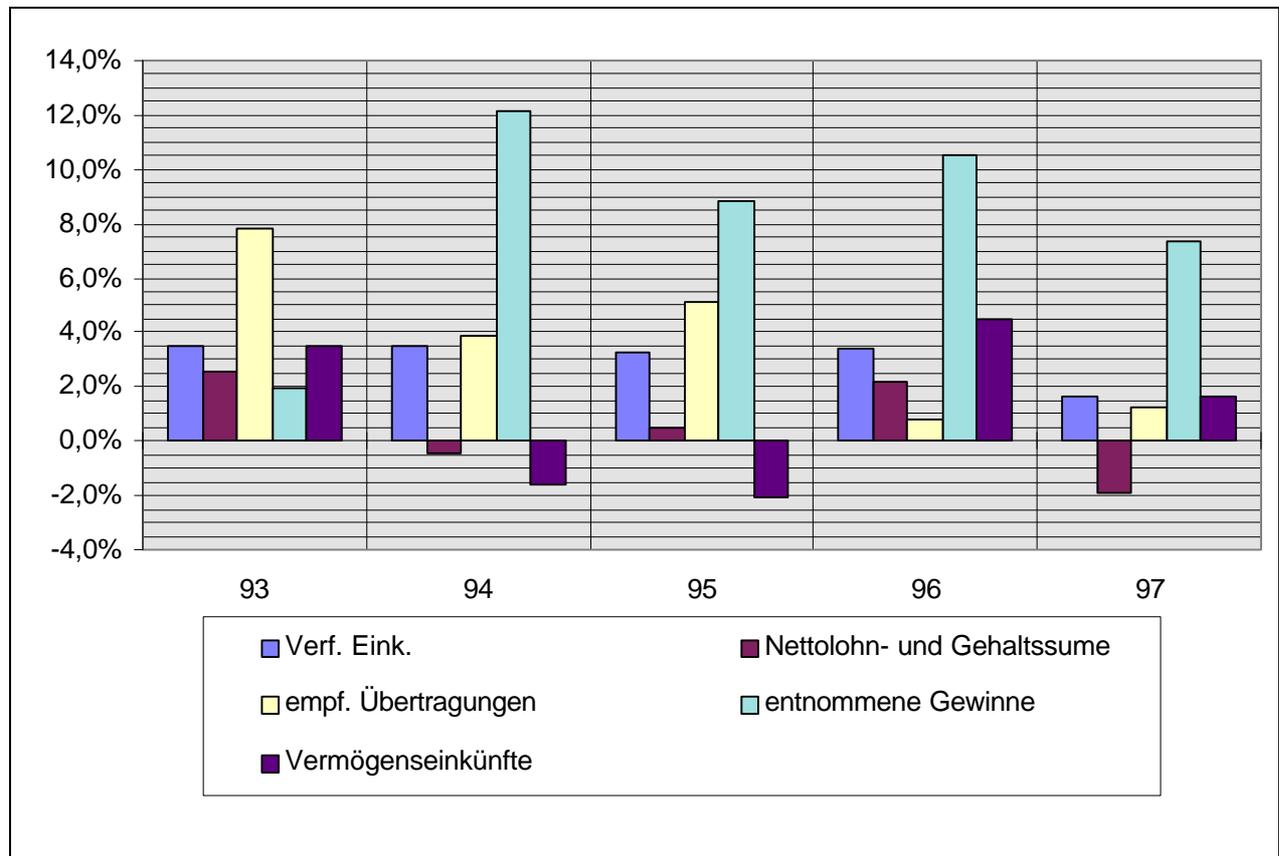
Das verfügbaren Einkommen der Privathaushalte ist ausschlaggebend für den privaten Verbrauch. Je mehr sich die Verteilung hin zu den Gewinn- und Vermögenseinkünften neigt, um so größer ist die Schwächung des privaten Verbrauchs, da diese Einkommensarten nicht im gleichen Ausmaß dem privaten Konsum zugute kommen.

➤ Siehe Schaubild 6

Schaubild 6: Entnommene Gewinne auf der Überholspur:

Entwicklung der Komponenten des Verfügbaren Einkommens privater Haushalte

Nominale Veränderung gegenüber Vorjahr in %*



* Quelle: WSI, eigene Berechnungen

Die Gewinneinkommen der privaten Haushalte sind von den gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen zu unterscheiden, u.a. weil rund ein Drittel bis ein Viertel der Unternehmensgewinne nicht ausgeschüttet werden. Die gesamtwirtschaftlichen Gewinneinkommen, die statistisch als Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bezeichnet werden, sind also in der Regel höher als die Gewinneinkommen der privaten Haushalte, dennoch hängt die Entwicklung dieser beiden Gewinnarten miteinander zusammen.

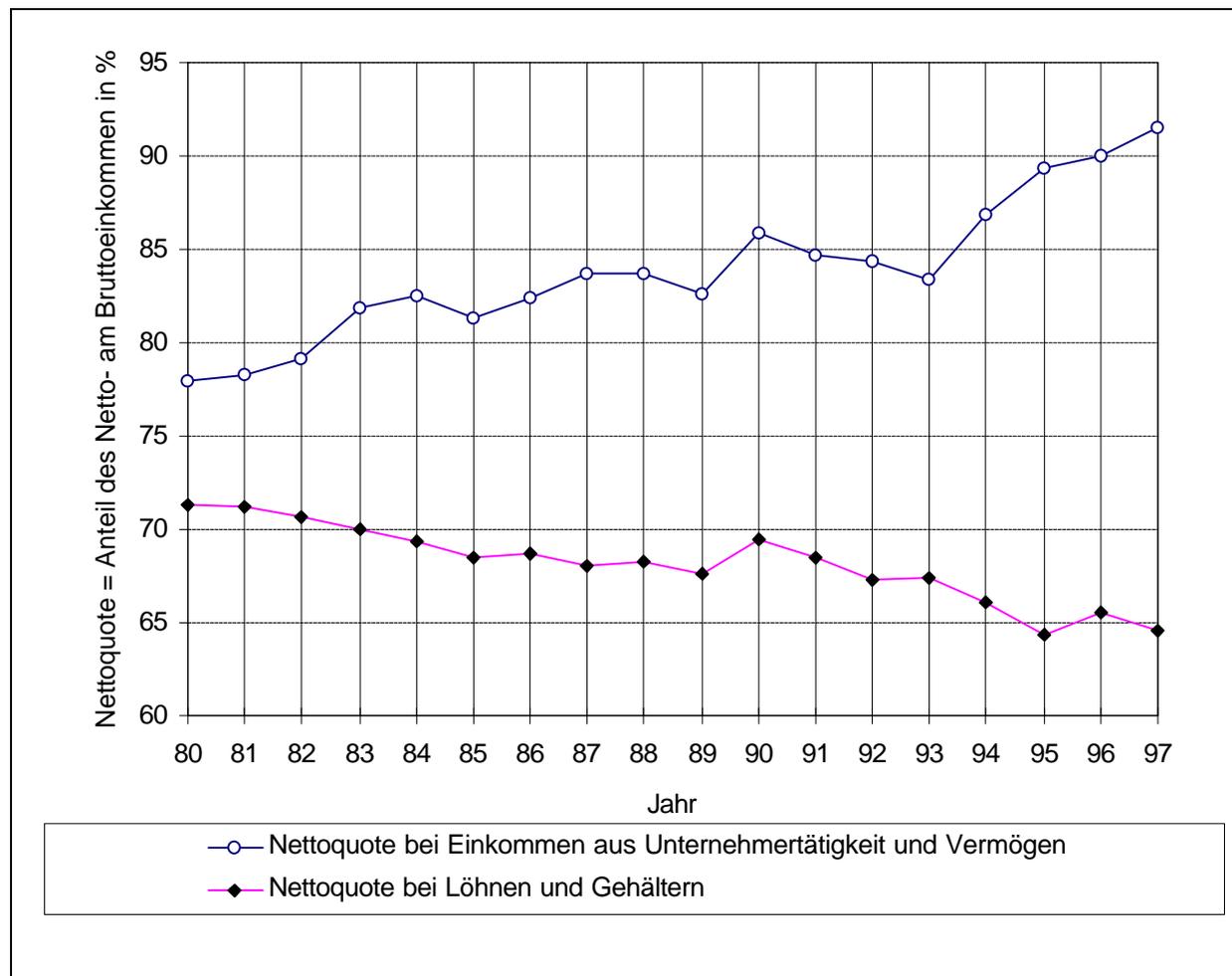
Die gesamtwirtschaftlichen Gewinne haben in den vergangenen 16 Jahren nicht nur deutlicher zugenommen als die Arbeitseinkommen, sie sind zugleich auch von Steuern und Abgaben entlastet worden. Sichtbar wird dies, wenn man die Nettoeinkom-

men als Anteil am Bruttoeinkommen darstellt. Diese Nettoquote ist bei den Gewinneinkommen deutlich gestiegen, während sie bei den Lohn- und Gehaltseinkommen seit 1995 auf historische Tiefstände zwischen 64 und 65% gefallen ist.

➤ Siehe Schaubild 7

Schaubild 7: Was bleibt übrig?

Nettoquoten bei Arbeitseinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen



* Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Darstellung, Nettoquote als Anteil des Nettoeinkommens am Bruttoeinkommen in Prozent.

Dies ist ein deutliches Indiz für eine gegen die Arbeitseinkommen gerichtete Steuer- und Abgabenpolitik.

Allerdings wird häufig eingewandt, daß die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch Zinseinkünfte (z.B. Zinsen von Selbständigen, Rentnern und

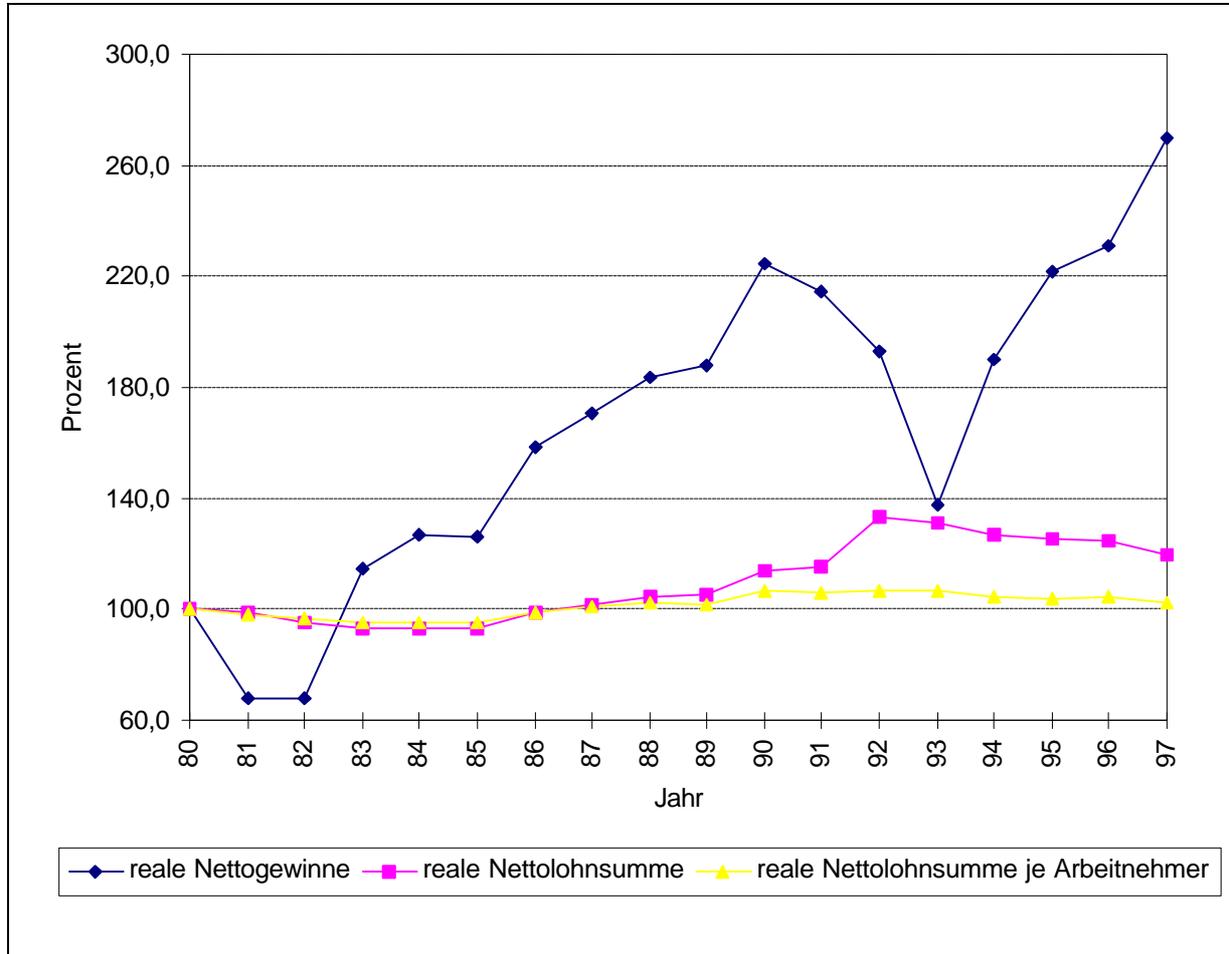
Arbeitnehmern) enthalten und also mit der privatunternehmerischen Gewinnentwicklung nichts zu tun haben könnten. Die „reinen“ privatunternehmerischen Gewinne werden allerdings in der amtlichen Statistik nicht getrennt ausgewiesen. Die Berechnung dieser Gewinne, die der Angebotspolitik als das zarte, zu pflegende Pflänzchen gelten, ist denn auch tatsächlich eine Art Geheimwissenschaft.

Will man etwas über die Nettolohn- und Gehaltssumme erfahren, genügt ein Blick in die einschlägigen statistischen Taschenbücher, um zu erfahren, daß diese seit 1997 gegenüber 1980 real um rund 20% zugenommen hat; je Arbeitnehmer gerechnet ist sie konstant geblieben. In der gleichen Zeit sind die realen privatunternehmerischen Nettogewinne auf das knapp 2,7-fache gestiegen. Der nahezu kontinuierliche Anstieg im Verlauf der 80er Jahre wurde erst mit der Rezession Anfang der 90er Jahre unterbrochen. Dieser rezessionsbedingte Einbruch der realen privatunternehmerischen Nettogewinne ist jedoch spätestens seit 1995 wieder kompensiert.

➤ Siehe Schaubild 8

Schaubild 8 : Reale privatunternehmerische Gewinne im Aufwind

Nettogewinne, Nettolohnsumme und durchschnittlicher Nettolohn je Arbeitnehmer (1980=100)*



* Quelle: Stat. Bundesamt, DGB, eigene Darstellung, Nettogewinne nach Abzug eines fiktiven Unternehmerlohns; ohne Gewinne aus Wohnungsvermietung und Bundesbankgewinne; in Preisen von 1991; ab 1992 Deutschland

Fazit: 16 Jahre Angebotspolitik haben zu einer „Gewinnewirtschaft“ geführt, in der die Arbeitseinkommen beständig hinterher hinkten. Dennoch sind die Gewinneinkommen deutlich von Abgaben entlastet worden, während die Arbeitseinkommen unter einer historischen Höchstbelastung stehen. Zusammen mit Sozialstaatsabbau und zunehmender Arbeitslosigkeit ist die Schwächung der wichtigsten Nachfrage, nämlich des privaten Verbrauchs, gelungen. Dies ist der wesentliche Grund für die lahrende Konjunktur.

5. Export, Export, Export...

„Die These einer generellen Lohnzurückhaltung - denkt man sie zu Ende - hat enorme Konsequenzen. Wenn die Reallöhne bei Unterbeschäftigung, ganz gleich welche Ursachen die Arbeitslosigkeit hat, immer hinter der Produktivitätszunahme zurückbleiben müssen, bei Vollbeschäftigung aber lediglich im 'Ausmaß des Produktivitätsfortschritts' zunehmen dürfen, sinkt der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am Volkseinkommen permanent. Bei Arbeitslosigkeit muß die Lohnquote nämlich nach dieser These sinken, bei Vollbeschäftigung muß sie konstant bleiben. Eine Empfehlung für die Lohnpolitik, die einen abnehmenden Trend der Lohnquote zur Folge hat, ist aber abwegig... **Nur eine ins Absurde gesteigerte Vernachlässigung der Nachfrageseite einer Marktwirtschaft kann zu einer solchen Empfehlung führen.**“ (Siehe Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99, in: DIW-Wochenbericht 27/98, S. 497; Hervorhebung R.M.)

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage („Fünf Weise“), der als offizielles Beratungsorgan der bundesdeutschen Regierung Mitte der 60er Jahre ins Leben gerufen wurde und sich in den 80er Jahren zu den hartnäckigen Verfechtern einer Angebotspolitik entwickelte, hat in seinem Jahresgutachten von 1997 das Konzept der fortgesetzten Lohnmäßigung wie folgt erläutert:

„Auch in der Vergangenheit haben moderate Lohnsteigerungen sich erst mit einer zeitlichen Verzögerung auf dem Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Länge der Verzögerung hängt wesentlich davon ab, wie verlässlich für die Unternehmen - **bei verbesserter Absatzlage** - die Erwartung einer künftig moderaten Lohnpolitik ist.“ (Ziff. 20, Hervorhebung, R.M.)

Woher aber die „verbesserte Absatzlage“ kommen soll, bleibt das Geheimnis des Sachverständigenrates?!

Eine Schwächung der Lohneinkommen geht mit einer geschwächten Konsumententwicklung und damit auch gedämpfter Investitionsdynamik einher, so daß mit einer gesamtwirtschaftlichen Lohnzurückhaltung keine verbesserten Absatzlagen verbunden sind; es sei denn man hofft auf verstärkte Staatsnachfrage oder Unternehmer, die ins Blaue investieren. Wahrscheinlicher ist, daß langfristige Lohnzurückhaltung zu einer Verschiebung der Nachfrageaggregate führt: Die geschwächte Inlandsdynamik wird von steigenden Exportüberschüssen *und* steigender Arbeitslosigkeit begleitet.

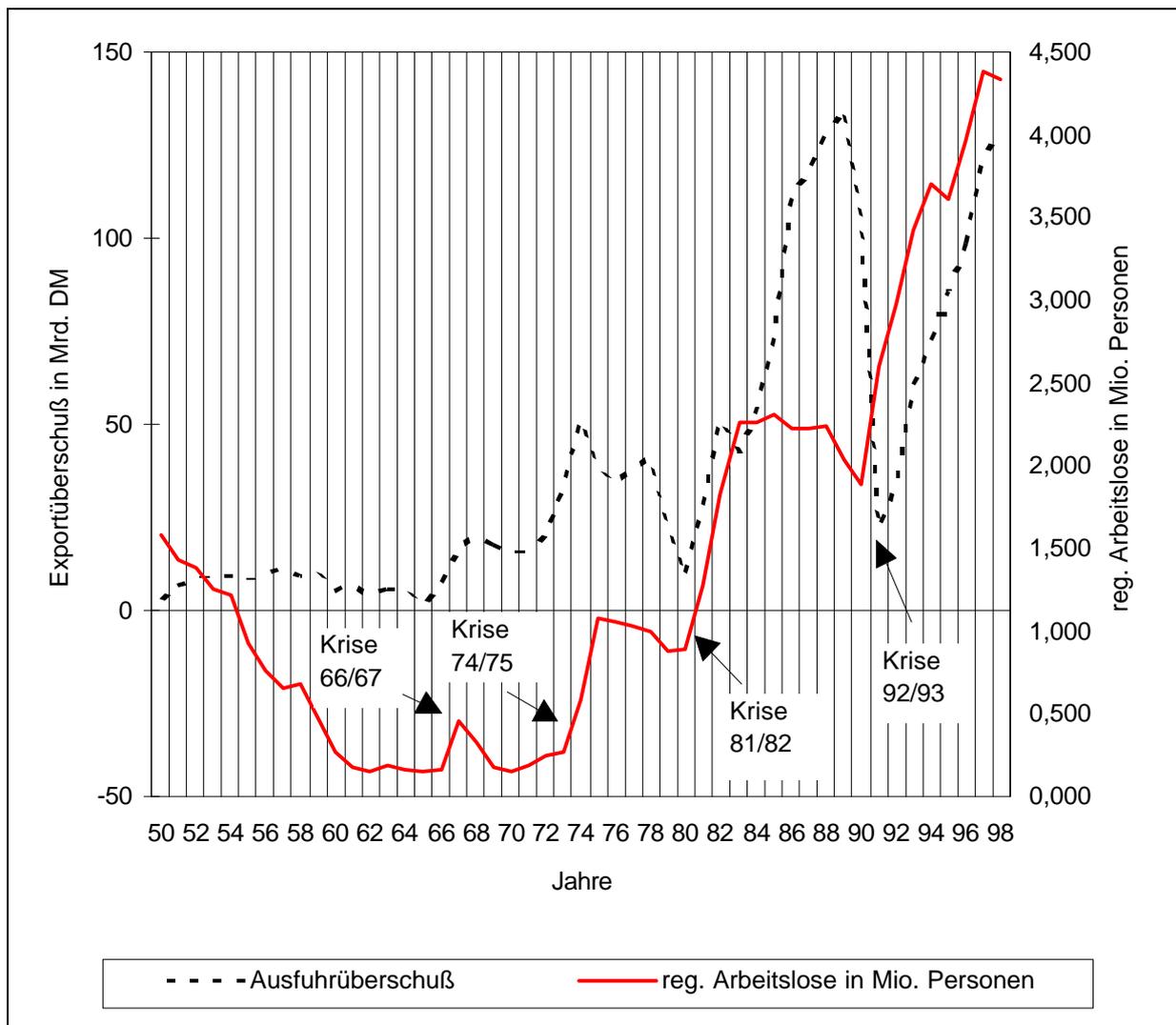
Der hohe deutsche Ausfuhrüberschuß wird dennoch vielfach positiv gewertet, mit dem Hinweis, daß **ein Drittel der Beschäftigung** davon abhinge, was natürlich im Umkehrschluß bedeutet, daß immer noch **zwei Drittel von der Binnennachfrage** abhängen.

Historisch betrachtet sind steigende Exportüberschüsse keine Erfolgs- sondern Krisensymptome gewesen. Während die Zeit des Wirtschaftswunders in den 50er Jahren von einem nahezu ausgeglichenen Außenhandel und einem schnellen Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit geprägt war, kam es im Zuge der Rezessionen 1965/66, 1974/75 1981/82 und 1992/93 zu einem deutlichen Ansteigen der Exportüberschüsse *und* der Arbeitslosigkeit.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß ein Exportüberschuß nur entstehen kann, wenn die verfügbare Produktion im Inland nicht abgefordert wird, so ergibt sich für diese Entwicklung eine Erklärung: Exportüberschüsse entstehen während oder im Gefolge von binnenwirtschaftlichen Einbrüchen. Die entstehende Arbeitslosigkeit wird allerdings, durch die „aushelfende“ Auslandsnachfrage nicht kompensiert. Im Gegenteil: Selbst bei steigenden Exportüberschüssen kann es zu hoher und steigender Arbeitslosigkeit kommen.

➤ Siehe Schaubild 9

Schaubild 9: Exportüberschuß und Arbeitslosigkeit 1950-1998*



* Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; eigene Darstellung PIW; ab 1991 Gesamtdeutschland; wegen Umstellungen in der Zahlungsbilanz sind die Daten vor 1970 nur eingeschränkt mit den Angaben ab 1971 vergleichbar; Daten ab 1993 wg. deutsch-deutscher Vereinigung mit größerer Unsicherheit behaftet.

Anfang der 90er Jahre wurde der westdeutsche Außenhandelsrekordüberschuß durch die hohe Nachfragedynamik der rund 17 Millionen Menschen im Osten absorbiert; die sogenannte Exportwirtschaft Westdeutschlands orientierte sich sehr schnell auf den erweiterten deutschen Binnenmarkt. In Westdeutschland entstanden in knapp drei Jahren rund 1,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, die registrierte Arbeitslosigkeit ging, ohne besondere Inflationserscheinungen, um 0,5 Millionen Personen zurück. Der jahresdurchschnittliche Rückgang der Arbeitslosigkeit war höher als zu Wirtschaftswunderzeiten. Wie auch immer man dies bewertet, mit der Ange-

botstheorie ist es jedenfalls nicht zu erklären.

Die internationalen Wettbewerbsvorteile, die Deutschland durch die Strategie der Lohnmäßigung erreichte, sind in der Vergangenheit durch die Wechselkursentwicklung der DM konterkariert worden. Exportorientierte Unternehmen leiden darunter, daß die ausländischen Währungen im Vergleich zur eigenen billiger werden, denn dann erhalten sie für ihre Auslandsumsätze weniger an heimischer Währung: Die Exportumsätze werden in eigener Währung gerechnet weniger wert. Die Folge ist, daß die Auslandspreise erhöht werden müßten, was die Wettbewerbsfähigkeit wiederum schmälert. Die Angebotstheoretiker haben daher in der Vergangenheit immer wieder das Argument angeführt, eine verschlechterte Wechselkursentwicklung müsse durch heimische Lohnsenkungsprogramme aufgefangen werden.

Im Euroland wird dieses fragwürdige Argument nicht mehr gebraucht: Wegen der Einheitswährung wird eine überproportionale Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr durch den Wechselkurs gepuffert. Die europäischen Lohnunterschiede schlagen gewissermaßen sofort auf die jeweiligen Exportindustrien durch. Dies heißt aber auch, daß die Lohndrücker glauben, nunmehr freie Fahrt zu haben, weil hohe Exportdynamik gegenüber europäischen Handelspartnern nicht mehr mit der Wechselkursbremse gemäßigt wird.

Fazit: Hohe Exportüberschüsse entstehen im Gefolge binnenwirtschaftlicher Rezessionen, sind also Folge einer geschwächten binnenwirtschaftlichen Nachfrage. Die Flucht in den Export ist jedoch nur eine kurzfristige und fragwürdige Aushilfsstrategie: Die Arbeitsplatzverluste aus schwacher binnenwirtschaftlicher Konjunktur konnten durch den Exportboom der letzten Jahre nicht ausgeglichen werden.

Der Euro wird die deutschen Exportindustrien, die immerhin rund 60% ihrer Umsätze im Euroland tätigen, von den Wirkungen verschlechterter europäischer Wechselkursentwicklungen „erlösen“, dies bedeutet selbst im angebotspolitischen Argumentationsmuster einen erweiterten Lohnspielraum nach oben.

6.und andere Standortlügen

Das Märchen von der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft müßte allmählich auch den gläubigsten Medienvertretern als das erkennbar werden, was es immer schon war: eine bloße Behauptung, die keiner fundierten Prüfung standhält.

Bereits im Frühjahr 1994, auf einem Höhepunkt der Standortdiskussion, kommentierte das DIW mit warnend erhobenem Zeigefinger:

"Keine (!) empirische Untersuchung der jüngsten Zeit und keine Untersuchung in den Jahren davor hat einen tiefgreifenden Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie nachweisen können. Man könnte damit die Standortdebatte beiseite schieben und sich auf die konjunkturelle Problematik konzentrieren, wenn nicht auf der Basis der falschen Diagnose eine falsche Politik betrieben würde, eine Politik nämlich, die die konjunkturelle Lage unnötig verschärft. Das gilt sowohl für die aktuellen Sparversuche des Staates als auch für die überzogenen Forderungen nach Lohnzurückhaltung." (Grundlagen der Wirtschaftsentwicklung, Westliche Industrieländer: Keine Erholung auf breiter Basis, in: DIW-Wochenbericht 1-2/1994, S. 7; Hervorhebung, R.M.)

Unverdrossen beharrt die Arbeitgeberseite jedoch weiter auf mangelnder Wettbewerbsfähigkeit des Standortes, während die Außenhandelsüberschüsse steigen und die Deutschen die meisten Patente je Einwohner halten. Doch solche direkte Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit werden stillschweigend unter den Teppich gekehrt.

Statt dessen stürzt man sich in geradezu krankhafter Versessenheit auf die sogenannten Direktinvestitionen: Aus der Tatsache, daß die Deutschen mehr dauerhafte Investitionen beziehungsweise Unternehmensbeteiligungen im Ausland vornehmen als umgekehrt Ausländer in Deutschland, wird geschlossen, der Standort sei schwach und es würden Arbeitsplätze abwandern.

Doch diese Angst kann den Arbeitgebern genommen werden: Hohe Auslandsin-

vestitionen und entsprechender Kapitalabfluß müssen als ein Kennzeichen für die Stärke am Weltmarkt gesehen werden. Sie sind ein direktes Ergebnis von deutlichen, langanhaltenden Exportüberschüssen.

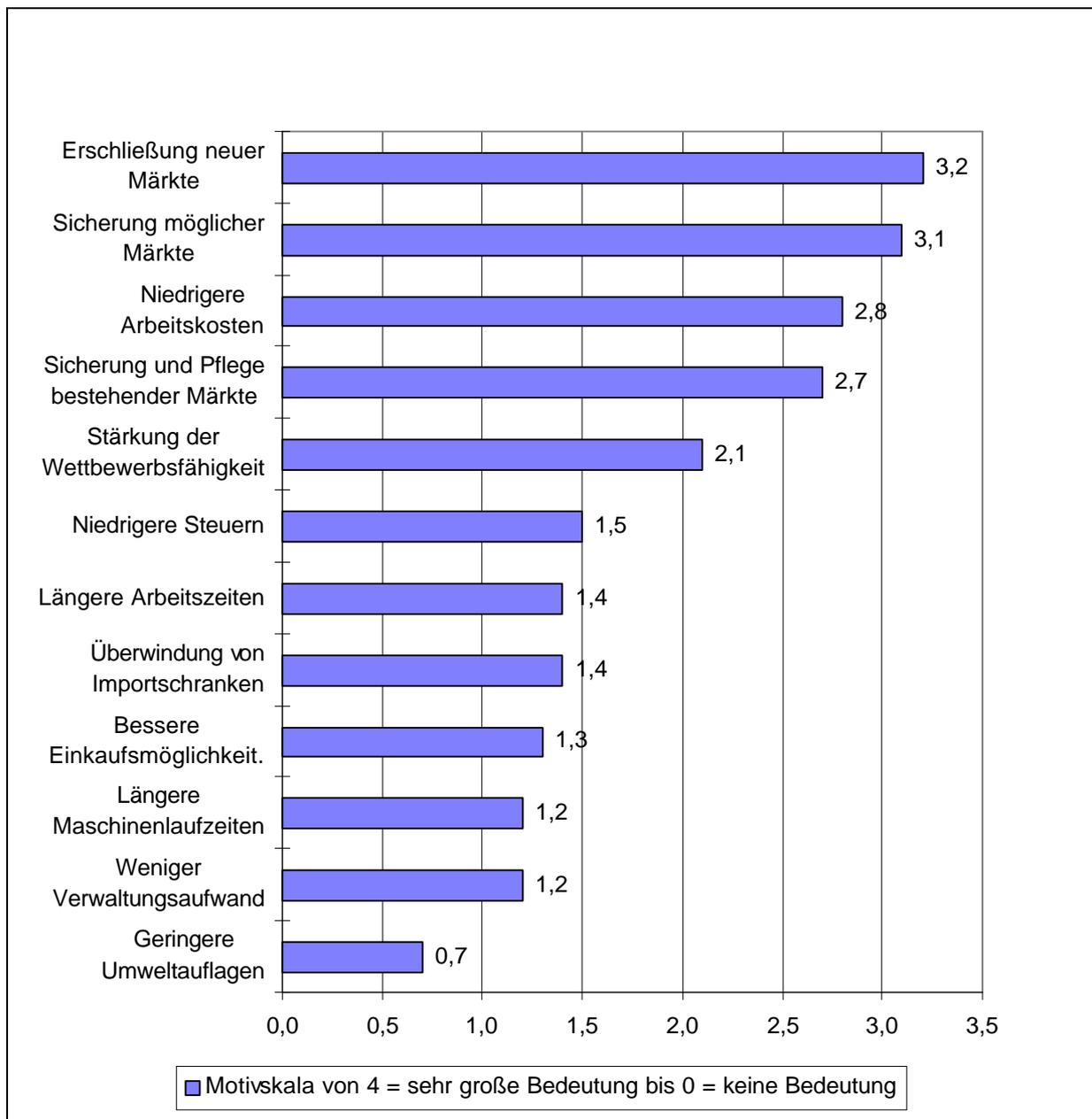
"Daß ein Teil dieses Kapitals (Exportumsätze, R.M.) auch in Form von Direktinvestitionen abfließt, ist naheliegend, bedeutet aber keinesfalls per Saldo einen Verlust von Arbeitsplätzen sondern eher einen Gewinn. Man muß dazu nur, was absolut notwendig ist, die Arbeitsplatzwirkung des Handelsüberschusses berücksichtigen. Ohne den Handelsbilanzüberschuß gäbe es den Export von Investitionen ja nicht."
(Flassbeck, H., Standort Deutschland in Gefahr?, Berlin 1996/97)

Hohe Exportüberschüsse führen dazu, daß Produktions- und Servicekapazitäten im Ausland aufgebaut werden. Die Produktion folgt dem Exportabsatz, nicht vorrangig wegen geringer Produktionskosten sondern in der Hauptsache, weil durch die Nähe zum Käufer alte Märkte gesichert und neue besser erschlossen werden können.

Sicherung und weitere Erschließung von Absatzmärkte sind das Hauptmotiv für Investitionen und dies gilt sogar für Direktinvestitionen in sogenannte Billiglohnländer.

➤ Siehe Schaubild 10

Schaubild 10: Motive deutscher Direktinvestitionen in Osteuropa*



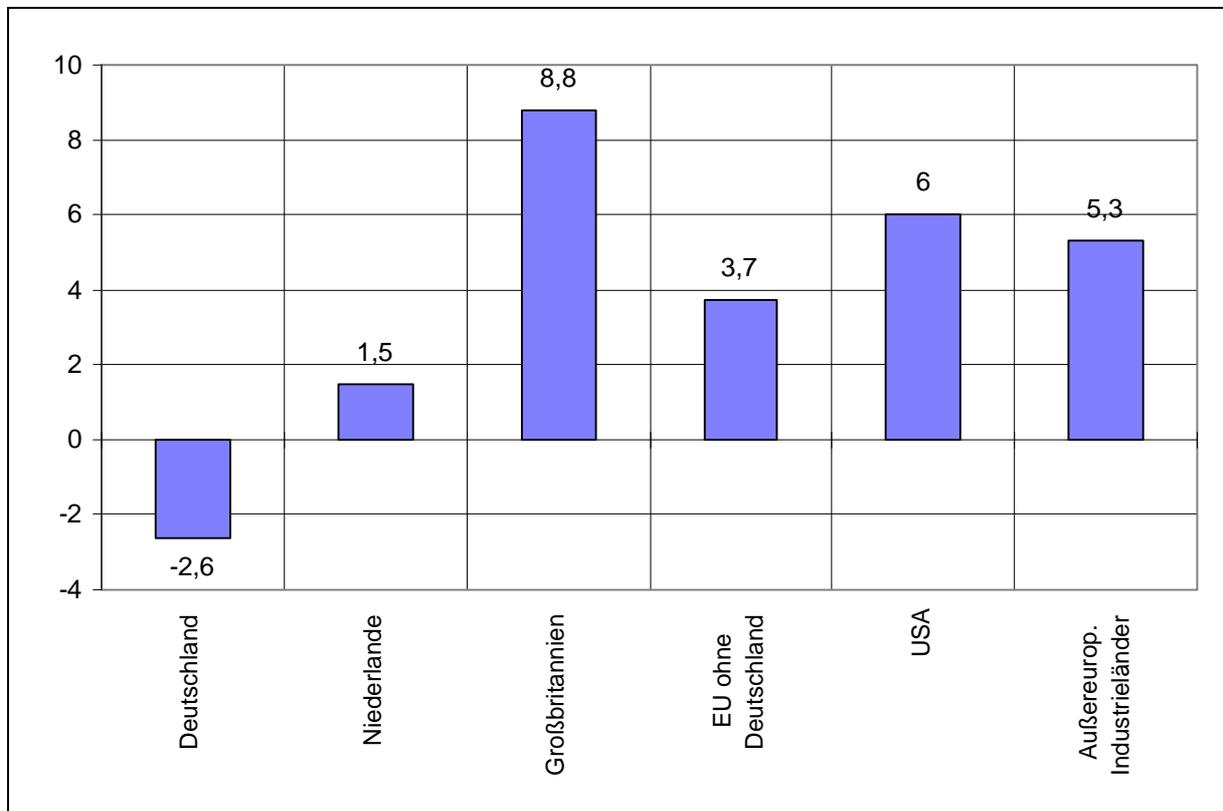
* Quelle: Globus-Kartendienst Nr. 3761 vom 11.11.1996; eigene Darstellung (PIW)

Selbst hochgestellte Manager aus der Industrie mahnen mittlerweile, das Gestöhne über den Standort zu unterlassen. Zu Recht, denn die deutschen Lohnstückkosten entwickeln sich im Vergleich zu den europäischen Handelspartnern, die rund 60% der deutschen Exporte aufnehmen, durchweg langsamer. Dies gilt sogar gegenüber den als „lohnschwach“ gepriesenen Niederlanden.

➤ Siehe Schaubild 11

Schaubild 11: Entwicklung der Lohnstückkosten in westlichen Industrieländern

Reale Veränderung 1997 bis 1999 gegenüber 1996*



* Quelle: DIW; 1998 und 1999 Prognose des DIW; in Preisen von 1991; eigene Berechnungen; eigene Darstellung.

Da die sinkenden Lohnstückkosten beim besten Willen nicht mehr verschwiegen werden können, muß nun die angeblich zu hohe Unternehmensbesteuerung als Argument erhalten: Als Beleg werden Gewinnsteuersätze herangezogen. Doch diese Steuersätze sind in Deutschland auf einen Gewinn bezogen, der in einem dunklen Dickicht legaler, halblegaler und illegaler Absetzungen klein gerechnet wird.

Daß Unternehmenssteuersätze wenig mit Unternehmenssteuerzahlungen zu tun haben, merkt der Investor zugegebenermaßen vielleicht erst, wenn er ein paar Jahre hier ist. Insofern haben hohe Sätze vielleicht eine abschreckende psychologische Wirkung; dies gilt um so mehr, wenn diese Steuersätze in einer oberflächlichen Standortdiskussion ständig als Besteuerungsmaßstab vorgestellt werden.

Mittlerweile gibt es jedoch international besetzte Steuerberatungsagenturen, die

nichts anderes tun als die optimale - sprich niedrigste - Gewinnsteuerbelastung herauszufinden, so daß die niedrige effektive Gewinnbesteuerung in Deutschland sich inzwischen herumgesprochen haben dürfte.

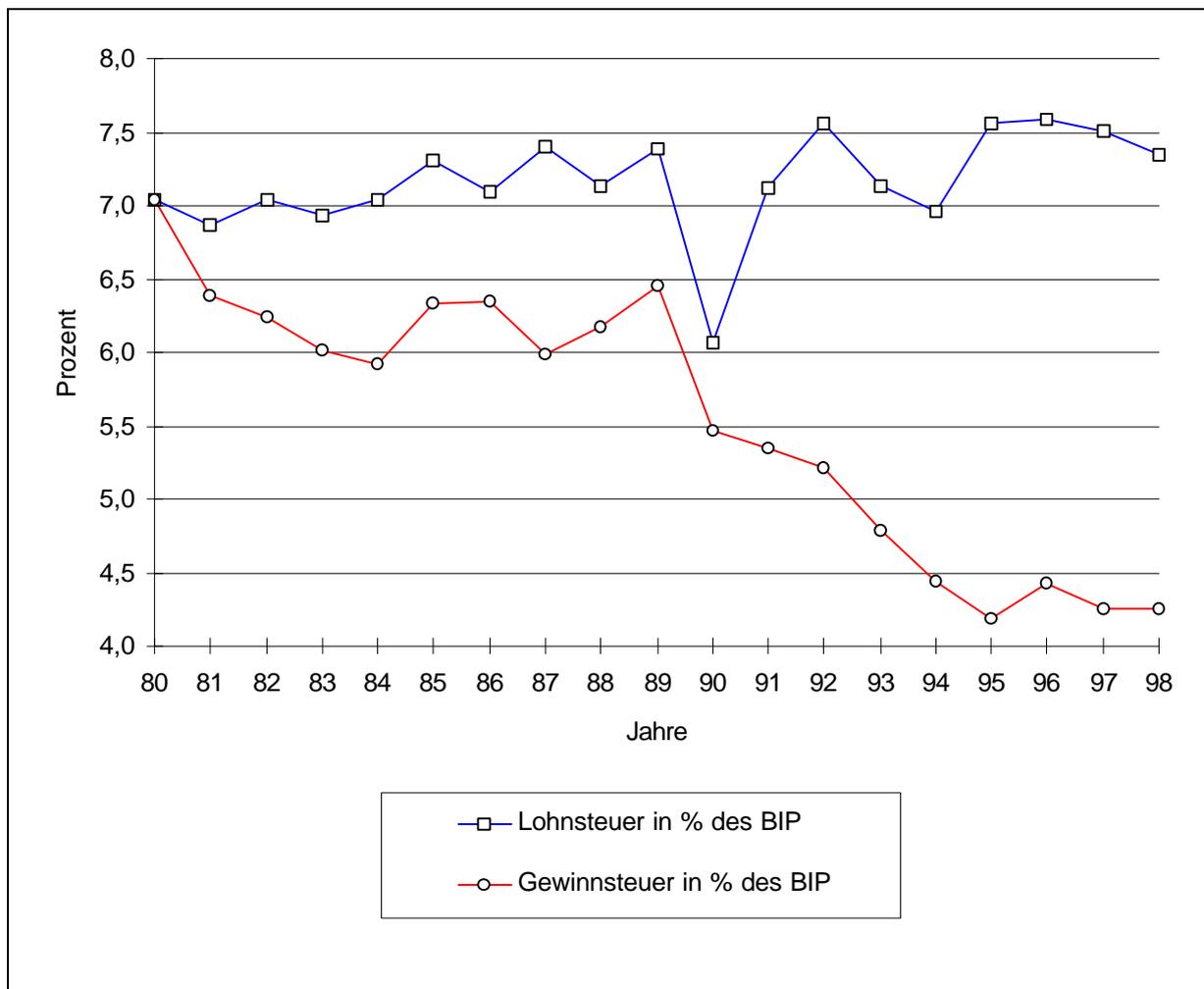
Folgt man dem WSI, ist die durchschnittliche Besteuerung privater Gewinneinkommen von rd. 14,4% im Jahre 1991 auf rd. 8,4% in 1998 gesunken. Oder anders ausgedrückt: Während die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat) von rd. 560 Milliarden in 1991 auf geschätzte 910 Milliarden in 1998 angestiegen sind, werden sich die entsprechenden Steuereinnahmen in 1998 gegenüber 1991 voraussichtlich von 94 Milliarden auf etwa 83 Milliarden reduzieren. D.h. während die privaten Gewinneinkommen um 62,5 % gestiegen sind, ist deren Besteuerung absolut um rund 11 Milliarden gesunken.

Diese Entwicklung ist auch bei sogenannten Kapitalgesellschaften zu beobachten, bzw. dem sogenannten "Gewinn im engeren Sinne". Der Arbeitsgruppe für alternative Wirtschaftspolitik (Memorandumgruppe) zufolge, ist die effektive Steuerquote der 30 größten Unternehmen des DAX von 54% in 1989 auf 31,4% in 1995 gesunken. (Memorandum 1998, S. 14)

Die Politik für Gewinne und gegen Arbeitseinkommen hat diese Entwicklung über 16 Jahre zugelassen und gefördert. Zwischen 1980 und 1998 ist der Anteil der Gewinnsteuern am Bruttoinlandsprodukt nahezu kontinuierlich von rund 7% auf ca. 4,2% gesunken während der Lohnsteueranteil nie unter 6% sank und in der Regel zwischen 7 und 7,5 % schwankte. Die Bemessungsgrundlagen dieser Steuern haben sich jedoch genau umgekehrt zu ihrer steuerlichen Belastung entwickelt: Während die Bruttolohn- und Gehaltssumme im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt von 48 auf 42 Prozent gesunken ist, haben die Bruttounternehmenseinkommen von knapp 16 auf über 23% zugelegt.

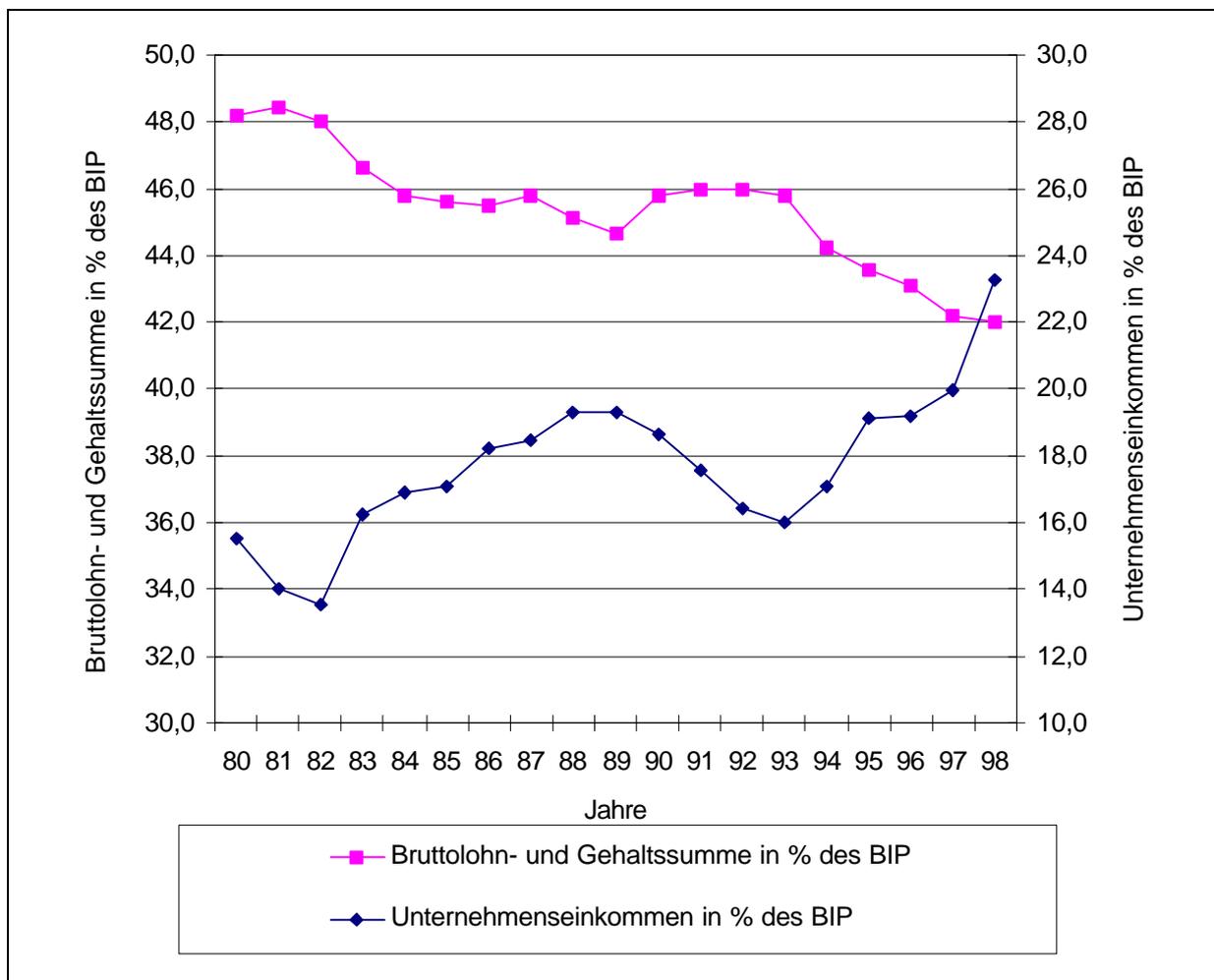
➤ Siehe Schaubild 12 und 13

Schaubild 12: Gewinn- und Lohnsteuern in % des BIP*



*Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW, Memorandumgruppe; Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes zzgl. anteiliger Solidaritätszuschlag abzügl. Erstattungen an Arbeitnehmer (§46 EStG); Gewinnsteuer als veranlagte Einkommensteuer zzgl. Erstattungen an Arbeitnehmer (§46 EStG), Körperschaftsteuer, nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, anteiliger Solidaritätszuschlag, Zinsabschlag, Vermögensteuer und Gewerbesteuer.

**Schaubild 13: Bruttolohn- und Gehaltssumme und
Bruttoundernehmenseinkommen in % des BIP***



* Quelle: Statistisches Bundesamt; DIW; Memorandumgruppe; Unternehmenseinkommen als Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen abzgl. Vermögenseinkommen

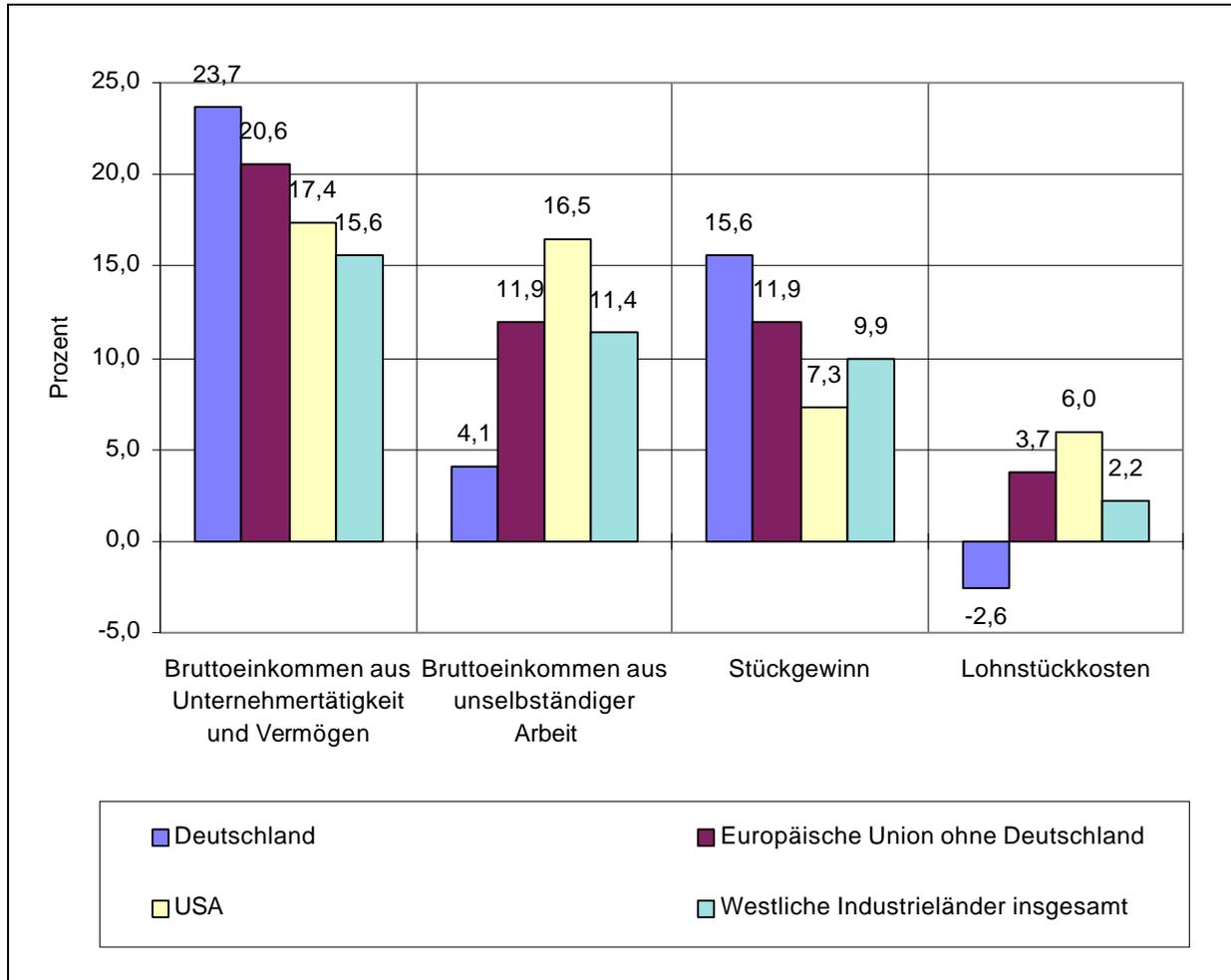
Auch im internationalen Vergleich hat die deutsche Gewinnlandschaft keinen Aufholbedarf. Sowohl im Vergleich zu den EU-Ländern und den USA als auch im Verhältnis zu allen westlichen Industrieländern sind die Gewinneinkommen in Deutschland stärker gestiegen während die Arbeitseinkommen hinter der internationalen Entwicklung herhinkten.

Das Verhältnis von Gewinnsumme zu realem Bruttoinlandsprodukt (Stückgewinn) entwickelt sich in Deutschland verglichen mit anderen Industrieländern überdurchschnittlich, während das Verhältnis von Lohnsumme zu realem BIP (Lohnstückkosten) im Gegensatz zur internationalen Entwicklung sogar sinkt.

➤ Siehe Schaubild 14

Schaubild 14: Bruttoeinkommen, Stückgewinn und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich,

Reale Entwicklung 1997 bis 1999 gegenüber 1996 in %*



* Quelle: DIW; Stückgewinn als Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsproduktes; Lohnstückkosten als Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsproduktes; 1998 und 1999 Prognosen des DIW; in Preisen von 1991.

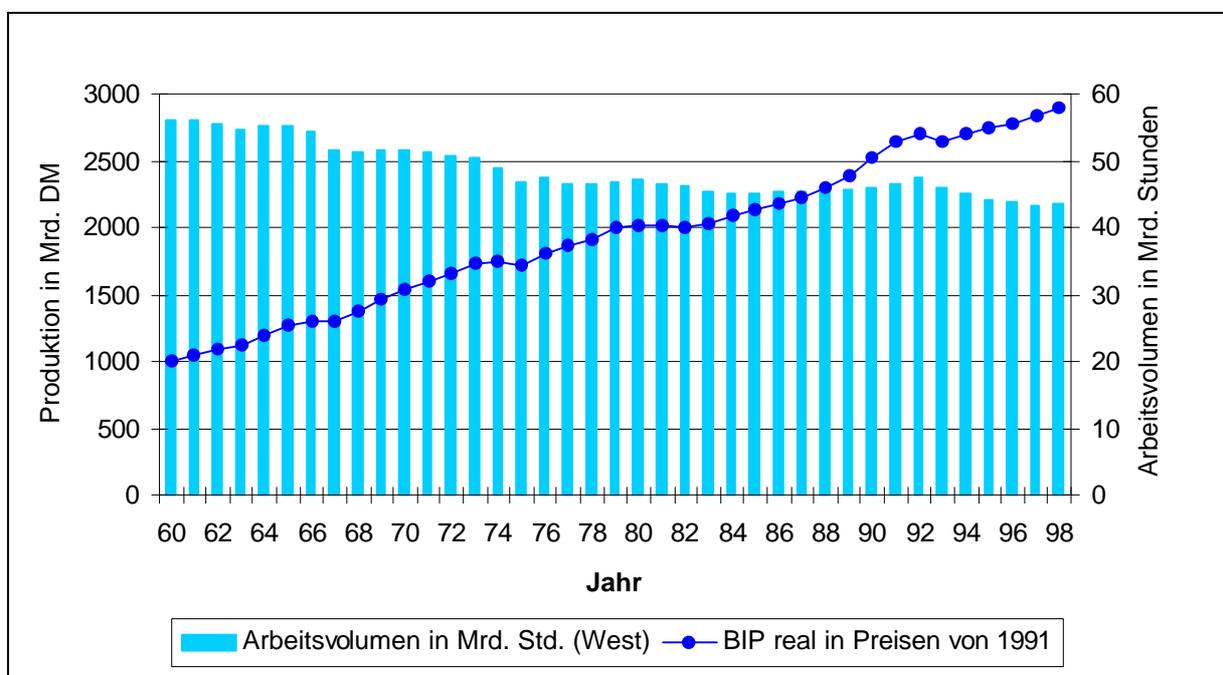
Fazit: Es gibt keine seriösen Belege für eine Standortkritik nach dem angebotstheoretischen Muster. Im Gegenteil: Die Pflege der Gewinne durch die Politik und die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre haben dazu geführt, daß die deutschen Verteilungsverhältnisse aus der internationalen Entwicklung ausscherten.

7. **G**egen **L**ohnbescheidenheit und für gesamtwirtschaftliche **V**ernunft!

1960 wurde in Westdeutschland mit rund 56 Milliarden Arbeitsstunden ein realer gesamtwirtschaftlicher Produktionswert in Höhe von 1 Billion DM erstellt. Seither ist das jährliche Arbeitszeitvolumen nahezu kontinuierlich gesunken. 1998 wurden in den alten Bundesländern nur noch rund 44 Milliarden Arbeitsstunden erbracht, aber eine Produktion von knapp 3 Billionen DM erstellt. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit ist also in den letzten 38 Jahren um über 20% zurückgegangen, zugleich hat sich die volkswirtschaftliche Produktion nahezu verdreifacht.

➤ Siehe Schaubild 15

Schaubild 15: Arbeitsvolumen und Produktion 1960 - 1998*



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Preise von 1991.

Aus der Tatsache, daß die marktwirtschaftlich verteilbare Arbeit mit dem technischen Fortschritt abnimmt, ist das Stichwort der technologischen Arbeitslosigkeit entstan-

den. Arbeitslosigkeit erscheint gewissermaßen als ein zwar fatales aber nicht zu verhinderndes Ergebnis verbesserter Produktionstechniken. Technik und verbesserte Unternehmensorganisation werden zu den vermeintlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit deklariert.

Dies ist jedoch mehrfach falsch gedacht.

Zum ersten wird übersehen, daß Produktivitätsfortschritte langfristig in kürzere, individuellen Arbeitszeiten umgesetzt werden können und müssen, wenn man die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen will. D.h. Arbeitslosigkeit ist kein technisches sondern ein politisches Problem. Hätte man in den letzten 38 Jahren auf jegliche Form der Arbeitszeitverkürzung verzichtet, gäbe es heute rein rechnerisch rund 8 bis 10 Millionen Arbeitslose mehr.

Zum zweiten wird verkannt, daß steigende Arbeitslosigkeit eine nachfrageseitig bedingte, langfristige Entwicklung ist. Das mit der technologischen Entwicklung über Jahrzehnte gestiegene Angebot wird von der Nachfrage nicht mehr so reibungslos aufgenommen, wie dies in der Nachkriegszeit bei hoher Konsumdynamik der Fall war. Die Nachfrage muß langfristig "immer wieder" in die gestiegenen Produktionskapazitäten hineinwachsen.

Voraussetzung dafür ist eine Massenkaufkraft, die im Wachstumsprozeß des Angebots mithalten kann. Langfristige Lohnzurückhaltung dagegen schwächt nicht nur die Binnennachfrage sondern verbaut auch die Möglichkeiten das "Geländer des Produktivitätsfortschritts" (K. G. Zinn) für die Arbeitszeitverkürzung zu nutzen.

In der langfristigen, historische Perspektive zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hochproduktiver Marktwirtschaften müssen also Einkommensstärkung und Arbeitszeitverkürzung Hand in Hand gehen.

Daß die deutsche Debatte um verkürzte Arbeitszeiten im Gegensatz zu anderen Ländern nicht mehr offensiv genug geführt wird, ist fatale Spätfolge einer verfehlten Standortdiskussion und langjähriger Dämpfung der Masseneinkommen. Solange die Einkommensspielräume nicht ausreichend wachsen und sogar hinter dem allgemeinen Wirtschaftswachstum zurückbleiben, kann es nicht verwundern, daß die Bereitschaft zu kürzeren Arbeitszeiten oder gar Teilzeittätigkeiten eher abnimmt, wie es in

Deutschland nach jüngsten Untersuchungen der Fall ist.

Wichtige Voraussetzung für eine - mittel- bis langfristig unverzichtbare - Strategie der Arbeitszeitverkürzung ist daher eine nachhaltige Stärkung der Masseneinkommen.

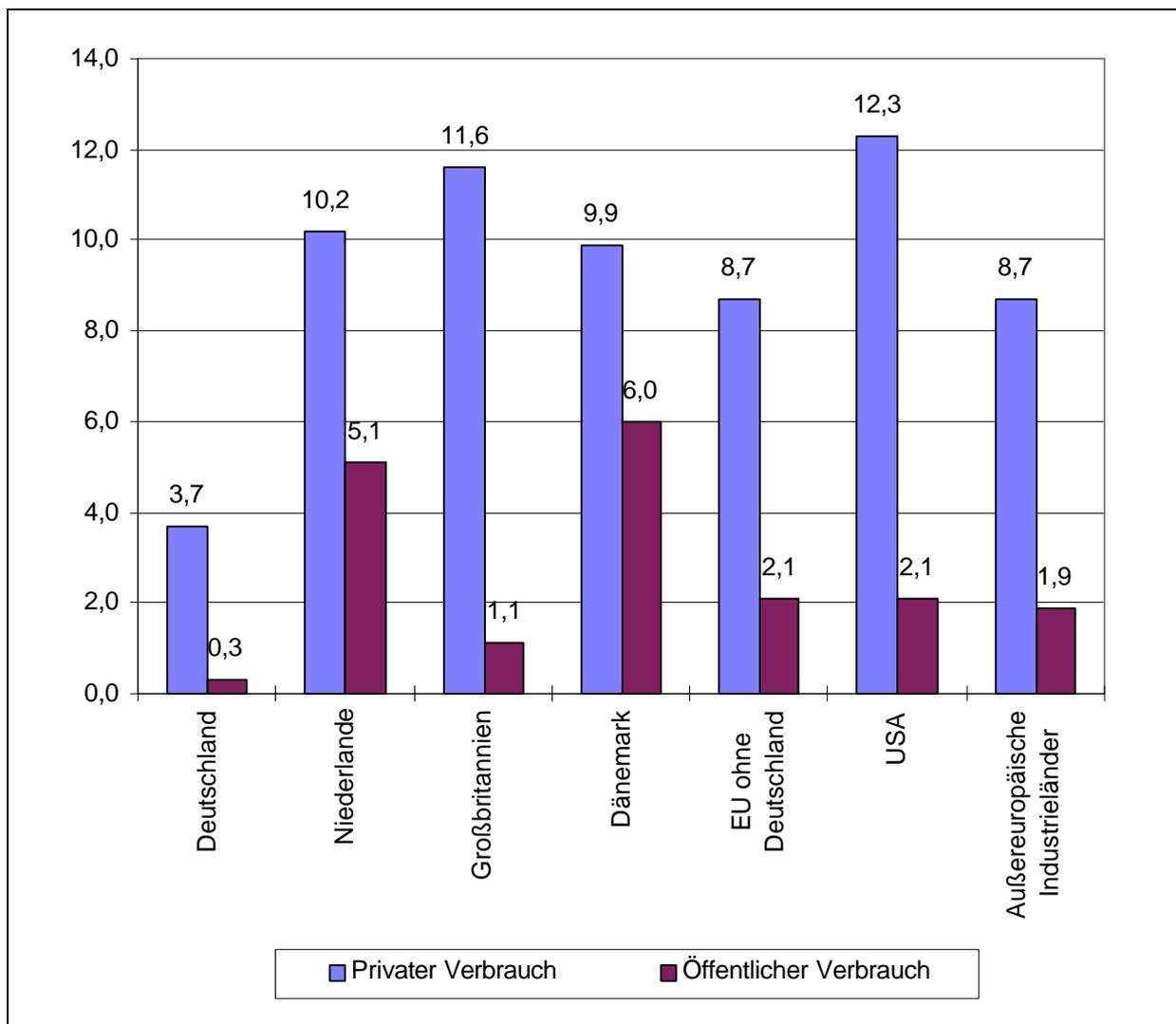
Dies gilt um so mehr in einer konjunkturellen Phase, deren deutlichstes Kennzeichen die schwache Entwicklung des privaten wie auch des öffentlichen Verbrauchs ist. Selbst nach rund 5 Jahren „Aufschwung“ hinkt Deutschland bei der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchsdaten einsam hinter der internationalen Entwicklung her.

Sogar in den Ländern, denen in der öffentlichen Diskussion eine zurückhaltende Lohnpolitik als Erfolgsrezept zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit zugeschrieben wird und die geringere Steuerquoten haben, gibt es deutlich höhere Zuwachsraten des privaten und öffentlichen Verbrauchs.

➤ Siehe Schaubild 16

Schaubild 16: Privater und öffentlicher Verbrauch im internationalen Vergleich

Reale Veränderung 1997 bis 1999 gegenüber 1996*



* Quelle: DIW; 1998 u. 1999 Prognose des DIW; in Preisen von 1991; eigene Berechnungen und Darstellung.

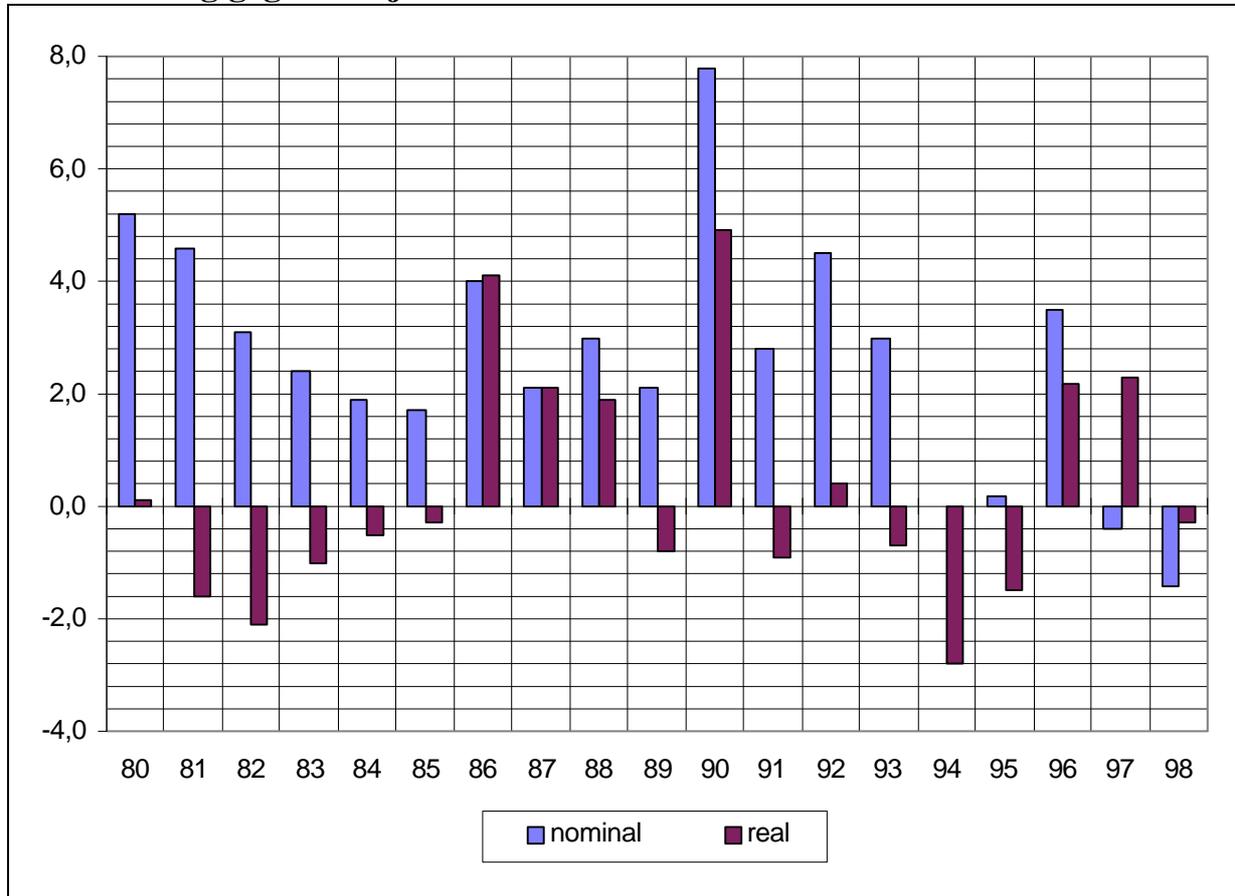
Das Zurückbleiben der gesamtwirtschaftlichen Verbrauchswerte in Deutschland ist Folge einer staatlichen Politik der Gewinnpflege in Kombination mit lang andauernder Lohnzurückhaltung und deutlichem Sozialstaatsabbau.

Die realen Nettoeinkommen westdeutscher Arbeitnehmer sind seit 1980 nur um 0,26% pro Jahr gestiegen, d.h. die Kaufkraft liegt heute nur rund 5% höher als 1980. 1997 ist sogar die *nominale* Nettolohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer erstmals zurückgegangen.

➤ Siehe Schaubild 17

Schaubild 17: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nettoarbeitseinkommen in Westdeutschland*

Veränderung gegen Vorjahr in %



* Quelle: Statistisches Bundesamt (VGR); Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Berechnungen des WSI; eigene Darstellung; Arbeitseinkommen als Nettolohn- und Gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigtem Arbeitnehmer im Monat (Inlandskonzept); 1995 bis 1998 vorläufige und durch Kindergeldverrechnung verzerrte Ergebnisse

Dagegen sind die realen, gewinnbezogenen Einkommen allein bis 1993, dem letzten verfügbaren Datum für Westdeutschland, um rund 92% gestiegen. Gesamtdeutsch haben die realen Nettogewinneinkommen von 1980 bis 1998 um fast 250% zugenommen.

Die Angebotspolitiker gleich welchen Lagers sehen diese einseitige Verteilungsentwicklung als ökonomisch effizient an, weil hohe Gewinneinkommen angeblich zu mehr Produktinnovation führen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Ob neue Produkte angesichts der langjährigen Polarisierung der Verteilungsstruktur zugunsten von Gewinneinkommen und einer entsprechend lahmen

Verbrauchskonjunktur die Arbeitslosigkeit beseitigen können, ist allerdings mehr als zweifelhaft.

In der aktuellen tarifpolitischen Debatte wird von den Gewerkschaften die Rückkehr zur wirtschaftspolitischen Vernunft verlangt. Gemeint ist damit allerdings die betriebswirtschaftliche „Vernunft“ des einzelnen Unternehmers. Die Hege und Pflege der Gewinneinkommen und die gleichzeitige, sträfliche Vernachlässigung öffentlichen und privaten Verbrauchs hat aber wesentlich zur Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit beigetragen. Wirtschaftspolitische Vernunft im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang sieht demgegenüber folgendermaßen aus:

"Wenn ... in Deutschland und Europa die Verteilungspolitik, genauer, die Lohn- wie die Steuerpolitik, das 'Ende der Bescheidenheit' anstreben, könnte das zugleich der 'Anfang sozialer wie ökonomischer Vernunft' sein. Für die Lohnpolitik bedeutet dies zumindest die Rückkehr zur Ausschöpfung der 'Verteilungsspielräume' durch Preis- und Produktivitätswachstum zugunsten von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Und für die Steuerpolitik würde es heißen, mit der Änderung der Steuerlastverteilung zugunsten unterer Einkommen und der Binnennachfrage auch den Mut zu Nettomehreinnahmen per Saldo zu verbinden, um den staatlichen Handlungsspielraum zu stärken für mehr soziale Leistungsfähigkeit..." (Siehe Claus Schäfer; Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft, in: WSI-Mitteilungen 10/1998, S. 690)

Fazit: Es mangelt im laufenden 'Konjunkturaufschwung' nicht an Gewinnen oder Produktivität, sondern an einer kaufkräftigen Einkommens- und Verbrauchsentwicklung. Ohne nachhaltige Stärkung der Masseneinkommen wird auch die langfristig unverzichtbare Politik der Arbeitszeitverkürzung nicht wieder belebt werden können. Die Folge wird nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit sein.

8. Für die Umkehr des Tariftrends im Dienstleistungsgewerbe

Der zwischen 1994 und 1997 in allen Wirtschaftssektoren der Bundesrepublik feststellbare Rückgang der Netto-Reallöhne konnte 1998 bezogen auf die Steigerung der individuellen Tarifeinkommen in einigen Branchen - darunter auch im Einzel- und Großhandel - gestoppt werden. Im Vergleich mit dem Vorjahr blieb von den Nettoeinkommenssteigerungen abzüglich der Inflationsrate ein – wenn auch bescheidener – Zuwachs für die beschäftigten ArbeitnehmerInnen übrig.

Während es den Arbeitgeberverbänden, sekundiert durch die damalige Bundesregierung, in den Tarifrunden 1996 und 1997 gelungen war, niedrige Tarifsteigerungen, die an den ökonomisch schwächsten Branchen orientiert waren, durchzusetzen und damit eine Uniformität der Tarifabschlüsse auf niedrigem Niveau zu erzwingen, scheint mit der Tarifrunde 1998 wieder ein Schritt zu einer nach Branchen differenzierten Tarifentwicklung, die die jeweilige ökonomische Situation stärker berücksichtigt, gelungen zu sein.

Gemeinsamer Nenner aller Tarifabschlüsse zwischen 1994 und 1998 war jedoch, daß es den Gewerkschaften nicht gelungen ist, den Verteilungsspielraum von Produktivitätsentwicklung und Preissteigerungsrate auch nur annähernd auszuschöpfen.

Das angekündigte, sogenannte Ende der Bescheidenheit ist in der Tarifrunde 1998 daher noch weitgehend ausgeblieben. Dies gilt trotz der Tatsache, daß 1998 wieder ein leichter Reallohnzuwachs erzielt werden konnte.

Die prozentualen linearen Erhöhungen lagen zwischen 1,5% im Öffentlichen Dienst und 2,5% im Großhandel. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt der Steigerungen lag bei 1,9% (im Westen). Die in nahezu allen Branchen vereinbarten Nullmonate schmälern jedoch das auf 12 Monate bezogene Erhöhungsvolumen.

Zum Teil wirkten 1997 vereinbarte Tarifabschlüsse mit längerer Laufzeit im Tarifjahr 1998 fort.

➤ Siehe Schaubild 18 und 19

Schaubild 18: Tarifierhöhungen in % - Banken (West) 1986-1997 (ohne Einmalzahlungen)

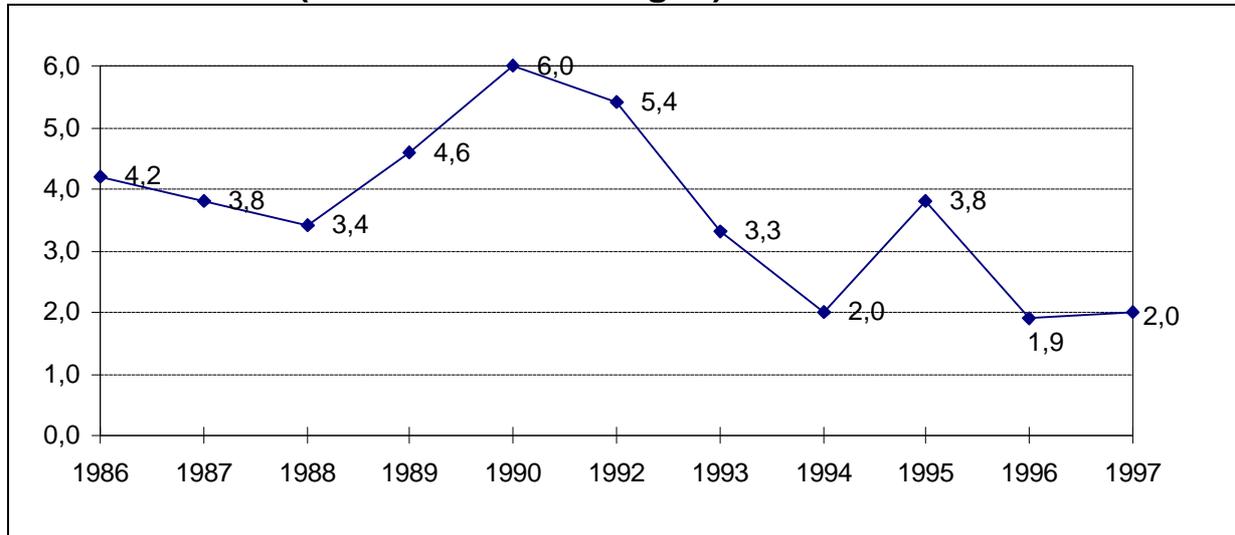
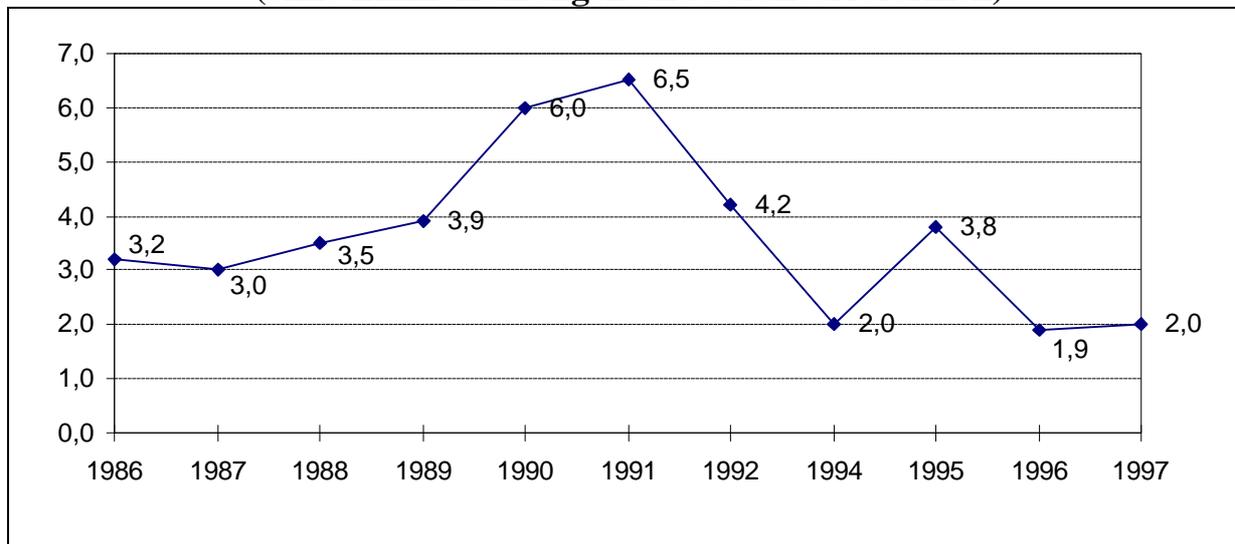


Schaubild 19: Tarifierhöhungen in % - Versicherungen (West) 1986 - 1997 (ohne Einmalzahlungen und Strukturreformen)



Die Tarifabschlüsse in den HBV-Bereichen bewegen sich dabei durchaus im oberen Drittel der Bandbreite der Abschlüsse, obwohl Groß- und Einzelhandel eher zu den Wirtschaftsbereichen gehören, die direkt von der Binnenkaufkraftschwäche tangiert waren. 1998 hat sich insgesamt die Politik der Lohnmäßigung nochmals durchgesetzt.

➤ Siehe Schaubild 20 und 21

Schaubild 20: Tarifierhöhungen in % - Einzelhandel (West) 1986 - 1998

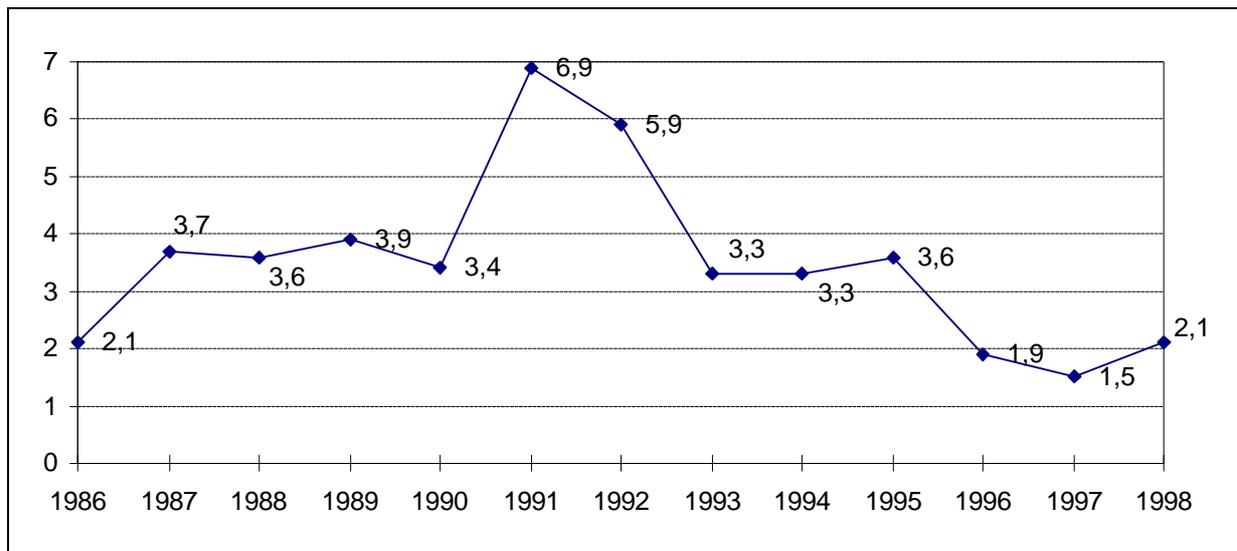
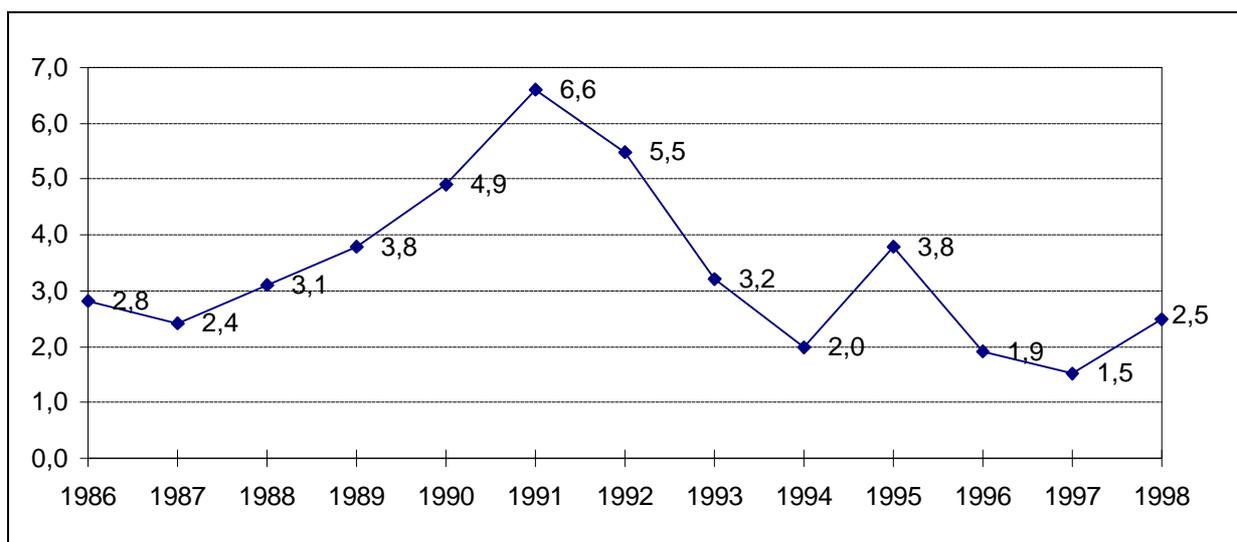


Schaubild 21: Tarifierhöhungen in % - Großhandel (West) 1986-1998



Das neue Zauberwort der Arbeitgeberverbände, das den Arbeitnehmern in den Branchen, in denen sich nicht verbergen läßt, wie stark die Gewinne sprudeln, vor-spiegeln soll, daß sie an den wirtschaftlichen Erfolgen, die sie erarbeitet haben, be-teiligt werden sollen, heißt "erfolgsabhängige Einmalzahlungen".

1998 in der chemischen Industrie praktiziert, hat diese Strategie 1999 rasch Nach-ahmer gefunden. Die prozentuale Erhöhung in der Chemischen Industrie von 2,4 % für 14 Monate wurde durch eine Einmalzahlung in Höhe von 1,1 % des Jahresent-geltes aufgestockt. Eine Öffnungsklausel sah vor, daß Arbeitgeber und Betriebsrat einvernehmlich - je nach wirtschaftlicher Lage des Unternehmens- vereinbaren konnten, die Einmalzahlung zu reduzieren und den Auszahlungszeitpunkt zu verän-dern.

Auch die Metall-Arbeitgeber haben in der Tarifrunde 1999 gefordert, einen Teil der Tariferhöhungen ertragsabhängig zu gestalten.

In den Tarifabschlüssen der Metall- und Elektroindustrie, die eine lineare Steigerung von 3,2 % vorsehen, konnte jedoch verhindert werden, daß ein Teil der tariflichen Grundentgeltgestaltung den Tarifvertragsparteien entzogen und auf die Betriebs-ebene verschoben wurde.

Allerdings konnte der zusätzliche Teil des vereinbarten Einkommenszuwachses - nämlich 1 Prozent des individuellen Jahresgehaltes - nur als Einmalzahlung und damit nicht als dauerhafter Einkommenszuwachs gesichert werden.

Das Tarifergebnis für den Öffentlichen Dienst von Ende Februar 99 mit einer prozen-tualen Erhöhung von 3,1 % zeigt, daß beim Prozentsatz ein Anschluß an den IGM-Abschluß erreicht wurde, wenngleich durch die längere Laufzeit von 15 Monaten und die Einmalzahlung von 300 DM für 3 Monate das Volumen der Entgelterhöhung unter dem Volumen des Tarifabschlusses in der Metall- und Elektroindustrie liegt.

Für 1999 sind diese Tarifergebnisse zweifellos ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Massenkaufkraft und bedeutet für die ArbeitnehmerInnen einen deutlicheren Reallohnzuwachs als 1998.

Für die anderen Tarifbereiche wurde damit zudem eine Bandbreite von Tarifab-schlüssen vorgelegt, an der sich die Erwartungen der Beschäftigten orientieren kön-

nen.

Dies heißt jedoch nicht, daß eine automatische Übertragung derartiger positiver Vorlagen auf andere Branchen im Selbstlauf erfolgt.

Die Beschäftigten im Einzel- und Großhandel und in den anderen Tarifbereichen werden daher Ihre Tarifergebnisse – wie in den Jahren zuvor auch – selbst erstreiten müssen.

Wie in allen anderen Wirtschaftsbereichen auch, hat sich hier ein Nachholbedarf aufgestaut. Insbesondere die unteren Einkommensgruppen waren vom Reallohnverlust, der Steigerung von Steuern und Abgaben der letzten Jahre besonders betroffen und haben Konsumzurückhaltung geübt.

Betrachtet man die Kurve der prozentualen Tarifierhöhungen über einen längeren Zeitraum, kann man 1998 eine Trendumkehr feststellen. Bei sinkender Preissteigerungsrate ist wieder eine Steigerung der Erhöhungsmarke gegenüber dem Vorjahr erreicht worden.

Diese steigende Kurve muß auch in den Tarifbereichen der Gewerkschaft, Handel, Banken und Versicherungen 1999 nach oben fortgeschrieben werden.

Ausgewählte Quellen

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (1998), Memorandum '98, Bewegung in Europa, Blockade in Deutschland - Kurswechsel für Beschäftigung, Köln,

Becker, Uwe, Beschäftigungswunder Niederlande?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B11/98 vom 6.3.1998, S. 12-21

Deutsche Bundesbank (Hg), Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, verschiedene Jahrgänge

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (1998), Zum Sachverständigengutachten 1998/1999. Widersprüche und Ideologie statt vorurteilsfreier Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Düsseldorf (Verantwortlich: Heinz Putzhammer)

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (April 1998), Zur Entwicklung von Löhnen, Gewinnen, Kapitalrendite und Lohnstückkosten in Deutschland. Kapitalrendite und Lohnquote wie zu Vollbeschäftigungszeiten, Düsseldorf (Verantwortlich Michael Geuenich)

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (1998), Bundesrepublik Deutschland: Warten auf die Inlandsnachfrage, in: DIW-Wochenbericht, H. 1-2, S. 13-41.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1997), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 1997, in: DIW-Wochenbericht 44, S. 809-870

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (1998), Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1998/99, in: DIW-Wochenbericht 27, S. 469-506

Hein, Eckhard (1998), Keynesianismus - ein wirtschaftstheoretisches und -politisches Auslaufmodell? Perspektiven keynesianischer Wirtschaftspolitik, in: WSI-Mitteilungen, H. 12, S. 820 - 832

Industriegewerkschaft Metall (IGM) (1998), Tarifrunde 1999. Sozialökonomische

- Rahmenbedingungen, Frankfurt a.M. (Redaktion: Ulrich Eckelmann)
- Köddermann, Ralf (1996), Sind Löhne und Steuern zu hoch? Bemerkungen zur Standortdiskussion in Deutschland, in: ifo-Schnelldienst, Nr. 20/1996
- Marquard, Ralf-M. (1998), Gefährden die Arbeitskosten den Investitionsstandort Deutschland?, in: WSI-Mitteilungen, H. 12, S. 855 - 862
- Münster, Rolf (1996), Dauerhafte Massenarbeitslosigkeit. Eine langfristige Analyse der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung vor dem Hintergrund der Theorienvielfalt, in: KAB (Hg.), Arbeiterfragen, 5, S.3-24.
- Münster, Rolf (1999), Arbeit für Alle? Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit kann gewonnen werden, in: Ökonomy, H.1 (Beilage zu Öko-Test), S. 4-15.
- Münster, Rolf, Wiedemuth, Jörg (1998), Für die Stärkung der Massenkaufkraft und eine gerechtere Einkommensverteilung, Düsseldorf 1998 (Broschüre der HBV)
- Reuter, Norbert (1997), Arbeitslosigkeit bei ausbleibendem Wachstum - das Ende der Arbeitsmarktpolitik?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B35/97, 22. August 1997
- Reuter, Norbert (1998), Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg (erscheint demnächst)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 1997/98, November 1997
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 1998/99, November 1998
- Schäfer, Claus (1997), Verteilungspolitik: Chronik eines angekündigten politischen Selbstmords. Zur Verteilungsentwicklung in 1996/97 und den Vorjahren, in: WSI-Mitteilungen, 10, S. 669-689
- Schäfer, Claus (1998), Das Ende der Bescheidenheit wäre der Anfang der Vernunft, in: WSI-Mitteilungen 10/1998, 675 - 690
- Vring, Thomas von der (1998), Lohnzurückhaltung als Mittel der Beschäftigungvermehrung. Kritische Anmerkungen zu einer empirischen Beweisführung Harmen Lehments, in: WSI-Mitteilungen, H. 12, S. 832 -836

Weiß, Thomas (1998), „Turbokapitalismus“? Zu derzeitigen weltwirtschaftlichen Problemen, in: WSI-Mitteilungen, H. 1, S. 837 - 844

Wendl, Michael (1998), Ende der Bescheidenheit? Oder wie realistisch ist eine produktivitätsorientierte Tarifpolitik?, in: Sozialismus, H.1, S. 32 -37)

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) (Hg.) (Dezember 1998), Tarifpolitik 1998. Berichte und Analysen des WSI-Tarifarchivs, Düsseldorf

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) (Hg.) (1998), WSI-Tarifhandbuch 1998. Schwerpunktthema „Reform des Flächentarifvertrages, Köln 1998 (Verantwortlich Reinhard Bispinck)

Zinn, Karl Georg (1998), Wie Reichtum Armut schafft, Verschwendung, Arbeitslosigkeit, Mangel, Köln

PIW

Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH

Das **PIW** ist seit 1984 als interdisziplinäres Forschungs- und Beratungsinstitut in Westdeutschland tätig. Dort arbeiten ÖkonomInnen sowie Sozial- und KommunalwissenschaftlerInnen zusammen.

1990 wurden in den neuen Bundesländern die Zweigstellen Rostock (Mecklenburg-Vorpommern) sowie Teltow (Brandenburg) gegründet.

Forschungsschwerpunkte

Die Forschungstätigkeit sowie die Erstellung praxisbezogener wissenschaftlicher Gutachten umfaßt die folgenden Untersuchungsschwerpunkte:

- **Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen**
- **Regional- und Kommunalpolitik**
- **Arbeitsmarktpolitik**
- **Umweltökonomie und Umweltpolitik**
- **Betriebswirtschaftliche Fragen**

Dabei übernimmt und erstellt das PIW u.a.:

- wirtschafts-, umwelt-, struktur-, technologie-, gesundheits- und arbeitsmarktpolitische Analysen im Auftrag von Landes- und Bundesbehörden sowie Verbänden
- die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Beratung kommunaler Ämter und Betriebe
- die Erarbeitung kommunaler Entwicklungsstrategien
- das Controlling und die Begleitforschung von EG-Förderprogrammen

Referat Mitbestimmung und Fortbildung

Das PIW bietet in Kooperation mit anderen Trägern Fortbildungsmaßnahmen zu aktuellen Themen an:

- Arbeits- und Tarifrecht
- Einführung neuer Technologien
- Wirtschaftliche Angelegenheiten
- Betriebsbezogene Qualifizierung von Wirtschaftsausschußmitgliedern
- Interessenausgleich und Sozialplan
- Betriebliche Arbeitszeitsysteme
- Betriebliche Entlohnungssysteme

Das PIW erarbeitet Analysen zu Jahresabschlüssen und überprüft Wirtschaftlichkeits- und Kostenrechnungen.

Das PIW erstellt Gutachten zu Betriebsänderungen bei Organisations- und Rationalisierungsmaßnahmen und berät bei der Ausgestaltung von Interessenausgleich und Sozialplänen.

Das PIW erarbeitet bei drohendem Beschäftigungsabbau Auffangkonzepte und hilft bei Bedarf beim Aufbau von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften sowie bei Ausgründungsvorhaben.

Albersstr. 12 B, 28209 Bremen
Tel. 0421/491449; Fax. 0421/4914488
Internet: <http://www.piw.de>

Dehmelstr. 23, 18055 Rostock
Maxim-Gorki-Str. 3, 14513 Teltow
